

Beatrice Jansen-de Graaf

Der Aufbau der offiziellen kirchlichen Gemeindkontakte zwischen den Niederlanden und der DDR 1970–1980

Einführung

In den siebziger Jahren besuchten Hunderte von Niederländern über kirchliche Kanäle die DDR. Sie benutzten die bereits seit den fünfziger Jahren bestehenden Kontakte zwischen einzelnen niederländischen kirchlichen Mitarbeitern und Christen in der DDR und bauten diese weiter aus.¹ Hierbei handelte es sich um Verbindungen auf unterschiedlichen Ebenen: Kirchliche Gemeinden in den Niederlanden und in der DDR nahmen ebenso an den bilateralen kirchlichen Beziehungen teil wie Delegationen offizieller Kirchenfunktionäre. Offensichtlich war die Besuchsrichtung insgesamt gesehen relativ einseitig, denn es waren vor allem die niederländischen Kirchenmitglieder, die die DDR besuchten. Nach der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Jahre 1973 und der daraufhin erfolgten Aufnahme offizieller kirchlicher Beziehungen zwischen den niederländischen und ostdeutschen protestantischen Kirchen konnten zu bestimmten Anlässen jedoch auch DDR-Kirchenfunktionäre oder ‚normale‘ Kirchenmitglieder Dienstreisen in die Niederlande unternehmen.² Im Vergleich zu der Reisetätigkeit von niederländischen Christen blieben diese Fälle freilich sehr beschränkt.

In welchem Spannungsfeld und mit welchen Zielsetzungen richteten die Kirchen und Kirchengemeinden in den Niederlanden und in der DDR ihre

¹ In diesem Artikel werden die Kontakte der katholischen Kirchen in den Niederlanden und in der DDR nicht behandelt, denn diese entstanden erst Ende der achtziger Jahre – und dies in sehr beschränktem Maße. Die katholische Kirche in der DDR führte eine ‚Nischenexistenz‘ und zeigte kein Interesse an der Ökumene. Ihr Bezugspunkt blieb der Vatikan.

² 1969 wurden ca. 150 kirchliche Dienstreisen ermöglicht, im Jahr vor dem Mauerfall waren es bereits 4.000 bis 5.000. Vgl. CH. GRENGEL, *DDR-Kirchen und Ökumene*, in: H. DÄHN (Hrsg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz*, München 1993, S. 145. Die Anzahl der Ausreisen in die Niederlande läßt sich nicht genau feststellen; auf der Grundlage von stichprobenartigen Berechnungen gehe ich von ca. fünf zu Beginn der Kirchenbundgründung (1969) bis ca. 30 Ende der achtziger Jahre aus. Hierbei geht es nur um Reisen, die offiziell über das zentrale Sekretariat des BEK liefen.

Beziehungen in den siebziger Jahren ein? Welche Grenzen und welche Möglichkeiten besaßen die bilateralen Kirchenbeziehungen vor dem Hintergrund der Unterschiede innerhalb der niederländischen Kirchen und des spannungsgeladenen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR?

Bevor auf diese Fragen näher eingegangen werden kann, sind einige Vorüberlegungen notwendig. Erstens wird in diesem Artikel die Initiative der niederländischen Seite im Vordergrund stehen. Die Kirchen und Christen in den Niederlanden operierten in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, in der sie ihre Ideen und Kirchenpolitik frei entfalten konnten. Religionsfreiheit war in der niederländischen Verfassung gewährleistet. Es wird zu zeigen sein, daß DDR-Kirchenmänner und -frauen zwar Sondierungen vornehmen konnten, ob ökumenische Beziehungen sich herstellen ließen – der offizielle Anstoß jedoch sollte aus dem Ausland kommen.

In der DDR war freie Religionsausübung zwar garantiert, die Rechtsposition der Kirchen war jedoch an keiner Stelle verfassungsmäßig konkret anerkannt. Artikel 39 der Verfassung vom 6. April 1968 enthielt in dieser Frage folgende Bestimmung: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben. Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“ Bis auf diese Sätze von ‚generalklauselartiger Unbestimmtheit‘ wurde auch in späteren Zeiten nichts gesetzlich festgelegt.³ Seit der Gründung der DDR blieb den Kirchen nichts anderes übrig, als in Gesprächen mit dem Staat ihre Anliegen vorzutragen. Als regelrechte Bittsteller waren die Kirchenvertreter somit bis zum Ende der DDR von der Gesprächsbereitschaft der staatlichen und parteilichen Organe abhängig. Diese Lage änderte sich auch nicht nach der Abspaltung der acht ostdeutschen Landeskirchen von der gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Gründung eines eigenen ostdeutschen Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) im Jahre 1969. Die Kirchen in der DDR hatten daher eine sehr unsichere Position in einer Gesellschaft mit diktatorischen Zügen – einer „durchherrschten Gesellschaft“ (Jürgen Kocka) – inne. Die SED als die Staatspartei besaß das Öffentlichkeitsmonopol; die Kirchen stellten „die einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen in der DDR“⁴ dar. Die Kirche verfügte allenfalls über eine eigene, kircheninterne Öffentlichkeit, wobei auch diese noch durch staatliche Kontrollmaßnahmen, wie zum Beispiel die Unterwanderung durch Spitzel der Geheimdienste, durchsetzt war. Aus diesem Grund war die politische Bedeutung der bilateralen Kirchenbeziehungen in der DDR ungleich höher als in den Niederlanden. Alle individuellen und unabhängigen, nicht-staatlichen Kontakte von DDR-Bürgern zu Ausländern

³ O. LUCHTERHANDT, *Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, ihre Bedrohung und Verteidigung*, in: DÄHN (wie Anm. 2), S. 22.

⁴ DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, Bd. I, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995, S. 497.

im Westen waren im Prinzip aus Sicht des Regimes systemgefährdend und ‚subversiv‘. Trotzdem wurden sie in vielen Fällen geduldet. Die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten der ostdeutsch-niederländischen Kontakte hängt deswegen eng mit dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR zusammen.

Was ist hier überhaupt unter dem Begriff der protestantischen ‚Kirche‘ zu verstehen? Eine Kirche ist eine komplexe Organisation. Sie bezieht sich nicht nur auf den Bischof oder (wie in den Niederlanden) auf den Generalsekretär. Sie bezieht sich ebenfalls auf die Synode, die diakonischen Kommissionen, die Gemeinden und auf die kirchlichen Aktivitäten in ihrer Gesamtheit. Zu bedenken gilt auch, daß Kirchlichkeit stets Kirchenpolitik impliziert. Kirchenpolitik ist keinesfalls homogen geartet. Die niederländischen und die ostdeutschen Kirchen und kirchlichen Einrichtungen verfolgten jeweils eigene, manchmal sogar divergierende kirchenpolitische Interessen. Dies führte häufig bereits innerhalb der Kirchen zu Konflikten. Relativ oft wuchsen sich in der DDR politisch brisante Ideen nicht erst zum offenen Konflikt mit dem Staat aus, sondern wurden hinter den Kirchenmauern bereits entschärft. Inwieweit direkte oder indirekte staatliche Repression hier eine Rolle spielte, sei an dieser Stelle dahingestellt.

Der für die Kirchenkontakte wichtige Begriff der ‚Ökumene‘ ist ein schillernder Begriff. Die wörtliche Übersetzung hierfür lautet: „die ganze bewohnte Welt“. In der kirchlichen Praxis bedeutet dies soviel wie Zusammenarbeit zwischen den Kirchen, interkonfessionell wie auch international. Den protestantischen Kirchen der DDR ging es in erster Linie um die internationalen kirchlichen Kontakte. Diese konnten sich sowohl auf die Ebene der multilateralen kirchlichen Einrichtungen (wie des Weltkirchenrates) als auch auf die bilaterale Ebene (wie zum Beispiel im Verhältnis zu den protestantischen Kirchen in den Niederlanden) beziehen. In der Praxis rangierten die Beziehungen zu anderen Konfessionen (etwa zur katholischen Kirche) für den BEK an zweiter Stelle.

Für die protestantischen Kirchen in den Niederlanden galt das Umgekehrte. Für dieses Land mit seiner Vielfalt an kirchlichen Denominationen war Ökumene eine permanente Aufgabe und ein ständig anzustrebendes Ziel, für die kleineren protestantischen Kirchen zum Teil sogar eine Lebensnotwendigkeit. Seit 1968 sind die neun bedeutendsten niederländischen Kirchen in einem Kirchenrat (Raad van Kerken)⁵ zusammengeschlossen, der in vielen Fällen auch als eine eigenständige, beinahe kirchenähnliche Organisation auftritt.

Das DDR-Regime hatte natürlich eine eigene Auffassung dessen, was Ökumene darzustellen habe. In seiner Vorstellung spielte die Vormachtstellung von sogenannten loyalen Kirchenvertretern und von einem strikt hierarchisch aufgebauten System, in dem von ‚oben‘ nach ‚unten‘ einheitlich Befehle und Weisungen erteilt werden konnten, eine entscheidende Rolle. Das Regime verfolgte eine Kirchenpolitik, die auf die politische Ausschaltung und Instrumentalisierung der Kirche für die eigenen Interessen abzielte. Vor die-

⁵ Der Kirchenrat existierte seit 1948. Erst im Jahre 1968 wurde er um die Gereformeerde Kerken in Nederland und die niederländische katholische Kirche ergänzt.

sem Hintergrund wird deutlich, daß die Entwicklung der ökumenischen Kirchenbeziehungen zwischen der DDR und den Niederlanden weitgehend davon abhängig war, wie die Begriffe ‚Kirche‘ und ‚Ökumene‘ mit unterschiedlichen Auffassungen versehen und in die Praxis umgesetzt wurden.

Im folgenden wird die Entwicklung der informellen und der offiziellen kirchlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beschrieben. Von den informellen Kontakten wird zu den ersten Sondierungen und dem Zustandekommen des ersten offiziellen Delegationsbesuches des BEK übergeleitet. Danach geht es um den ersten niederländischen Gegenbesuch, und schließlich wird die Entwicklung zu einem umfassenden Netzwerk von Kontakten behandelt.

Die ersten informellen Kirchenkontakte

Die offiziellen Partnerschaften zwischen ostdeutschen und niederländischen protestantischen Kirchen entwickelten sich erst nach der Anerkennung der DDR durch die niederländische Regierung am 5. Januar 1973. Sie resultierten aus der offiziellen Kirchenpolitik der beiden Länder einerseits sowie aus persönlichen Initiativen von engagierten kirchlichen Laien aus den Niederlanden andererseits. Um den Aufbau dieser offiziellen Kontakte verstehen zu können, ist es unerlässlich, auf die Vorgeschichte der persönlichen Initiativen und informellen Kontakte einzugehen.

Die persönlichen Initiativen hatten ihre Wurzel in den Anstrengungen, die die protestantische Nederlands Hervormde Kerk (NHK) nach dem Zweiten Weltkrieg unternahm, um die Kontakte zu den deutschen evangelischen Kirchen wiederherzustellen. In den ersten Nachkriegsjahren war deren ‚Deutschlandpolitik‘ vom Geist der „Versöhnung“ geprägt und auf das Durchbrechen der „geistigen Isolation“ der deutschen Kirchen ausgerichtet.⁶ In politischer Hinsicht hatte sich die Synode der NHK 1948 eindeutig gegen den Kommunismus ausgesprochen.⁷ Diese Elemente kennzeichneten die ‚Ostpolitik‘ der NHK, obwohl sie zwischen 1950 und 1956 keine entsprechende institutionelle Einbettung hatte, nachdem 1950 die Deutschland-Kommission von der Synode aufgelöst worden war.⁸

Die Kontinuität der Deutschlandarbeit der reformierten Kirche war jedoch durch einzelne kirchliche Mitarbeiter und Laien gewährleistet. Hebe Kohlbrugge, Mitglied der aufgelösten Deutschland-Kommission, konnte ihre Ostarbeit als Freiwillige bei der Stiftung Kirche und Welt sowie zwischen

⁶ *Handelingen van de vergaderingen van de Generale Synode der Nederlandse Hervormde kerk 1947*, 26.11.1947, S. 426.

⁷ *Handelingen van de vergaderingen van de Generale Synode der Nederlandse Hervormde kerk 1948*, 20.05.1948, S. 60.

⁸ Die Synode sah 1950 die Notwendigkeit einer vorrangigen Beschäftigung mit der deutschen Frage nicht mehr als gegeben. Vgl. M. KERS, „Een kerk die zich niets aantrekt van broeders en zusters in nood, is het niet waard kerk te zijn.“ *De houding van de Nederlands Hervormde Kerk t.a.v. Duitsland/DDR in de periode 1945–1957*, unveröffentlichte Magisterarbeit Universität Utrecht 1997, S. 39.

1956 und 1972 wieder in der NHK beim Weltdiakonat fortsetzen. Einen Schwerpunkt bildeten für sie von Anfang an die ökumenischen Kontakte mit der DDR. Neben Kohlbrugge war Bé Ruys auf diesem Gebiet aktiv, zunächst seit 1948 als ‚fraternal worker‘ im Dienst des Weltkirchenrates und ab 1949 für die NHK in Berlin. Ruys bemühte sich, ein Netzwerk von kirchlichen Kontakten aufzubauen. Ursprünglich kümmerte sie sich um ehemalige niederländische Zwangarbeiter, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland geblieben waren, später rief sie in West-Berlin eine eigenständige Niederländische Ökumenische Gemeinde (NÖG) ins Leben. Die NÖG verlagerte ihre Arbeit immer mehr auf das Gebiet der DDR und Ost-Berlins. Im Jahre 1954 wurde Ruys als erste niederländische Frau in der NHK ordiniert und offiziell Pfarrerin der NÖG. 1961 erreichte sie die Akkreditierung der Gemeinde auch in der DDR.⁹

Ruys und Kohlbrugge schufen zahlreiche Grundlagen für die Begegnung von Niederländern und Ostdeutschen. Seit 1951 beraumte Johannes Hamel, Studentenpfarrer aus Magdeburg, auf Initiative von Kohlbrugge die „Arche-Konferenzen“ an, an denen sich Westdeutsche, Niederländer und Ostdeutsche beteiligten. Seit 1954 fanden die von der Evangelischen Kirche der Union ausgehenden Berliner Bibelwochen in Ost-Berlin statt. In erster Linie für Ost- und Westdeutsche bestimmt, nahmen hieran auch Niederländer als ökumenische Gäste teil. Und schließlich organisierte Bé Ruys zusammen mit ihrem Mentor, dem namhaften niederländischen Missiologen Hendrik Kraemer, über das Ökumenische Institut Chateau de Bossey des Weltkirchenrates, dessen Direktor Kraemer war, zwischen 1951 und 1961 Ökumene-Seminare für Ostdeutsche.¹⁰

Dieses Geflecht von Kontakten umfaßt drei Entwicklungslinien, die später immer wieder zutage traten und sich gegenseitig in der offiziellen Kirchenpolitik kreuzten. Die erste Entwicklungslinie wird durch Hebe Kohlbrugge vertreten, die seit 1956 in der NHK das Weltdiakonat aufbaute und dort ihre DDR-Aktivitäten und sonstige Arbeit über Osteuropa ansiedelte; sie gab mit ihren unermüdlichen Reisen nach Osteuropa die Richtung vor. Kohlbrugge handelte aus einer antitotalitären Überzeugung und einem zähen Engagement für unterdrückte Christen heraus.¹¹ Aufgrund ihrer Biographie war sie durch das Bild der unterdrückten Kirche geprägt. Im Zweiten Weltkrieg hatte sie als Kurier für die Bekennende Kirche gedient und nur mit knapper Not ihre Haftzeit im Konzentrationslager Ravensbrück überlebt. Auch in der Nachkriegszeit blieb Kohlbrugge äußerst empfindlich für Unrecht und Repression.¹² Für sie führte die Kirche in der DDR erneut einen

⁹ Vgl. J. PEKELDER, *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1945–1990*, Amsterdam 1998, S. 161–168 (deutsche Ausgabe: *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989*, Münster 2002).

¹⁰ Ebd., S. 159–161.

¹¹ Vgl. G. VAN DARTEL (Hrsg.), *Stille bewegingen. Vrienden van Hebe Kohlbrugge over hun belevenissen in Oost-Europa in de periode 1954–1991*, Nijmegen 1991.

¹² H. KOHLBRUGGE, *Twee maal twee is vijf. Getuige in Oost en West*, Kampen 2002.

Kirchenkampf und brauchte, wie damals die Bekennende Kirche, die Unterstützung der internationalen Ökumene.¹³

An zweiter Stelle ist die drei Jahre jüngere Bé Ruys zu nennen, die in ihrer NÖG ebenfalls Pionierarbeit leistete. Sie teilte Kohlbrugges antitotalitären Hintergrund nicht. Zwar stand auch sie anfangs dem neuen sozialistischen Regime in der DDR ablehnend gegenüber, doch nach dem Bau der Mauer 1961 stellte sie sich auf das Regime der DDR ein. In ihrem Denken bewegte sie sich von Solidarität mit unterdrückten Christen zu einem Streben nach Dialog mit dem Sozialismus; allmählich verlor sie an kritischer Distanz zum SED-Regime.¹⁴ Diese innere Entwicklung versuchte sie durch Publikationen auch in den Niederlanden zu verbreiten.¹⁵ Ihre pro-sozialistische Orientierung sollte den Kurs der NÖG jahrzehntelang bestimmen. In progressiven Kreisen der Niederlande fand sie großen Anklang. Gruppen innerhalb des fortschrittlichen christlichen Studentenvereins NCSV (Nederlandse Christen-Studenten Vereniging), die sich Mitte der sechziger Jahre in einer politischen Radikalisierung befanden, organisierten Reisen nach Berlin, hielten Konferenzen über den Kommunismus ab und zelteten im Garten des Pfarrhauses der NÖG. Seit 1969 widmete sich dieser Studentenverein unter anderem einer Kampagne für die Anerkennung der DDR.¹⁶ Aus diesem Reservoir entstanden jene Gemeindegkontakte, in denen der Dialog zwischen Christentum und Marxismus sowie eine positive Bewertung der ‚Errungenschaften‘ des Sozialismus im Mittelpunkt standen.

Die letzte und dritte maßgebliche Orientierung manifestierte sich in der Haltung Herman Kortewegs, einem Lehrer aus Oud-Beijerland. Korteweg war im Krieg aktiv im Widerstand der reformierten Kirche gewesen. Aus seinem persönlichen Glauben heraus war er nach Kriegsende zu der Überzeugung gekommen, daß er jetzt ebenso aktiv an der Versöhnung zwischen Deutschen und Niederländern auf kirchlichem Wege beizutragen habe.¹⁷ Korteweg war ein reformierter ‚ouderling‘¹⁸ und konzentrierte sich auf den

¹³ Interview mit Hebe Kohlbrugge, April 2001, Utrecht.

¹⁴ J. PEKELDER, *Hebe Kohlbrugge en Bé Ruys: parallele levens binnen de kerkelijke contacten tussen Nederland en de DDR 1949–1973*, in: *Transparant* 4 (1999), S. 10, 15–19, 18.

¹⁵ B. RUYSS (Hrsg.), *Nieuwe oriëntatie. Stemmen uit de kerk in de DDR*, Amsterdam 1965. Vgl. auch PEKELDER (wie Anm. 9), S. 169.

¹⁶ Vgl. A.J. VAN DEN BERG, *De Nederlandse Christen-Studenten Vereniging 1896–1985*, 's-Gravenhage 1991, S. 190, 206 f.; H. DOHLE/J. HEISE/R. SPANJER (Hrsg.), *Der Geschichte ins Gesicht sehen. Zum 80. Geburtstag von Bé Ruys. Autobiografische Skizzen, Erinnerungen und Betrachtungen*, Rothenburg 1997, S. 79 f.

¹⁷ Vgl. H.M. MANSCHOT, *Vijfentwintig jaar internationale contacten (I)*, April 1998, unveröffentlichtes Manuskript. Archiv Landelijke Werkgroep Gemeentecontacten (LWG).

¹⁸ Die protestantischen Kirchen der Niederlande sind nach presbyterianischem Modell strukturiert, d.h. die Kirche wird von Laien getragen und ist dezentral aufgebaut. Jede Kirchengemeinde hat einen Vorstand, der sich aus gewählten Ältesten (‚ouderlingen‘) und Diakonen zusammensetzt und dem der Pfarrer letztlich untersteht. Die Ältesten und die Diakone sind ehrenamtliche Mitarbeiter. Die Gemeinden sind fast völlig souverän. Es gibt keine Bischöfe, Pröpste oder sonstige hierarchische Funktionen. Da die niederländischen Kirchen keine Kirchensteuer beziehen, verfügen sie nicht über

Gemeindeaufbau vor Ort. Politische Profilierung waren ihm genauso fremd wie ‚konspirative‘ Arbeit im osteuropäischen Untergrund. Er nahm von Anfang an an den erwähnten Bibelwochen teil und organisierte seit 1963 mit Unterstützung der Evangelischen Kirche der Union die Berlin-Reisen für niederländische Teilnehmer an den Bibelwochen. Von diesem Jahr an nahmen aufgrund seiner Initiative 20 bis 30 Jugendliche an den Berliner Bibelwochen teil. In den siebziger Jahren wuchsen auch die Teilnehmerzahlen an jenen Bibelwochen, die für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gedacht waren: Pfarrfrauen, Lehrer, Sozialarbeiter, Studenten, Krankenschwestern. Die Anzahl der Bibelwochenteilnehmer stieg auf 80 bis 100 jährlich an. Weiterhin sind die Jugendgruppen zu erwähnen, die seit den sechziger Jahren über die kirchlichen regionalen Jugenddienste der Provinzen Zeeland, Zuid-Holland, Groningen und Drenthe in Berlin Verbindungen knüpften, sowie die Jugendlichen der christlich-agrarischen Bewegung, die unter anderem mit Sachsen Kontakte unterhielten.¹⁹

Hebe Kohlbrugge, Bé Ruys und Herman Korteweg leiteten viele Besuche und Kontakte ein, sie blieben jedoch Einzelfiguren. Die Bibelwochen und sonstigen Begegnungen waren für die Teilnehmer ein individuelles Ereignis. Die offiziellen Kirchen in den Niederlanden zeigten kein Interesse an einer Teilnahme. Auch in der DDR kam von kirchlicher Seite wenig Entgegenkommen. Außerdem stieß der Ausbau solcher Aktivitäten in den sechziger Jahren auf große politische Beschränkungen seitens des DDR-Regimes. Am 1. Dezember 1964 führte die DDR den täglichen Mindestumtausch von fünf Mark für Ost-Berlin und zehn Mark für das übrige Gebiet der DDR ein.²⁰ Außerdem war das Grenzregime der DDR aufgrund der Tatsache, daß die Niederlande die DDR noch nicht anerkannt hatten, sehr strikt. Nur mit einem Dienstvisum wurde man von der Verpflichtung zum Zwangsumtausch und den relativ kostspieligen Hotelübernachtungen befreit; Touristen mußten diese Zahlungen sehr wohl leisten. Schließlich war es kaum möglich, Gruppenreisen unabhängig vom Reisebüro der DDR durchzuführen, obwohl es sporadisch Ausnahmen gab. Auch dies erschwerte kirchliche Kontakte.

Eine Ausnahme bildete die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden des oben erwähnten Niederländisch-Christlichen Studentenvereins und DDR-Studentengemeinden. Im Jahre 1971 hatte eine Vertretung der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR die Gelegen-

solche umfassende Amtskirchenstrukturen wie die deutschen Kirchen. Ihr Verwaltungsapparat ist relativ klein und wird aus Grundbesitz und Kollekten in den Gemeinden finanziert.

¹⁹ H. KORTEWEG, *Die Beziehungen Niederlande-Deutschland – ihr Entstehen, ihre Entwicklung und was nach der Wende davon bleibt*, unveröffentlichtes Manuskript, September 1992, S. 11, Archiv Ab Brandenburg. Leider sind diese Behauptungen nur mangelhaft anhand von Archiven zu überprüfen, da die meisten DDR-Reisen spontan an der kirchlichen Basis, unkoordiniert und nicht unter zentraler Leitung durchgeführt wurden; deshalb sind sie nicht oder allenfalls willkürlich in den offiziellen kirchlichen Archiven dokumentiert.

²⁰ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), *DDR-Handbuch*, Köln 1985, S. 1451 f.

heit, während der Teilnahme an der Feier zum 25-jährigen Bestehen der NCSV in der niederländischen Stadt Zeist und anschließenden Besuchen bei DDR-Arbeitskreisen der NCSV in Utrecht, Amsterdam, Rotterdam, Kampen, Wageningen, Delft und Groningen Verbindungen zu knüpfen. Innerhalb des niederländischen Studentenvereins stand man der Anerkennung der DDR sehr positiv gegenüber. Deswegen wurde dem beurlaubten ESG-Vertreter in einem Gespräch mit der DDR-Handelsmission in Amsterdam versichert, wie sehr die DDR die Arbeit der NCSV schätze. Kontakte mit diesem Verein hielt die Handelsmission sogar für nützlich.²¹ Ein Mitglied der ESG-Vertretung faßte dieses Ergebnis in den Worten zusammen: „Diese freundliche Beurteilung der Arbeit der NCSV wirkte sich auch positiv auf Reisemöglichkeiten für NCSV-Gruppen in unserer Republik aus“. So bildeten sich 1971 Partnerschaftsbeziehungen zwischen Studentengemeinden in Jena und Karl-Marx-Stadt mit Utrecht und Kampen heraus. Im folgenden Jahr wurden vier weitere Studentengemeinden in die Kooperation einbezogen (Halle–Amsterdam und Greifswald–Groningen).²²

Diese Partnerschaften fallen jedoch aus dem Rahmen der ‚normalen‘ kirchlichen Gemeindekontakte, die erst nach 1973 hergestellt wurden, heraus. Sie waren erstens sehr politisch orientiert und wurden von den DDR-Staatsorganen als Verlängerung der Außenpolitik instrumentalisiert, die Anerkennung der DDR stand im Mittelpunkt dieser Kontakte. Und zweitens stützten sie sich nur auf einen sehr engen Kreis von progressiven Studentengruppen. Aus diesen Gründen konnten sie keine Kontinuität gewährleisten. Beschleunigt durch die politische, linksorientierte Radikalisierung innerhalb der NCSV setzte 1970/71 ein Mitgliederschwund ein. Im Jahre 1972 wurde die Vereinsstruktur aufgelöst.²³ Darüber hinaus war ihre Existenz und Befürwortung von Seiten des DDR-Regimes nach der Anerkennung der DDR hinfällig geworden. In dem Verzeichnis der Gemeindekontakte der Landesweiten Arbeitsgruppe Gemeindekontakte Niederlande–DDR (Landelijke Werkgroep Gemeentecontacten) tauchen die obengenannten Kontakte nicht mehr auf.²⁴

²¹ Der Bejahung und Förderung der Kontakte zur NCSV mag auch die Tatsache förderlich gewesen sein, daß sich die NCSV während der Feierlichkeiten zu ihrem 25-jährigen Bestehen noch einmal öffentlich für die Anerkennung der DDR aussprach – auch wenn einige der Anwesenden hiermit nicht einverstanden waren. Vgl. PEKELDER (wie Anm. 9), S. 311.

²² Brief Udo Skladny an das Sekretariat des BEK, 18.04.1972, in: Evangelisches Zentralarchiv (EZA), 101/1865.

²³ Die NCSV war zu ‚rot‘ geworden. Die DDR-Arbeit verselbständigte sich jedoch in der Werkgroep Oost-Europa Projekten. Diese Projektgruppe organisierte gleichwohl keine Gemeindekontakte und Konferenzen in der DDR mehr, sondern nur noch Besuchsreisen. Vgl. VANDEN BERG (wie Anm. 16), S. 194–199.

²⁴ Leider ist nicht genau festzustellen, wann diese Verbindungen aufgelöst wurden. In Publikationen der Landelijke Werkgroep Gemeentecontacten aus den neunziger Jahren tauchen die Kontakte nicht mehr auf. Allerdings nahmen einige der erwähnten deutschen und niederländischen Städte wieder in anderen Konstellationen an Kontakten teil. Vgl. die Broschüren *Landskerken in Oost-Duitsland* über Thüringen (1996),

Die Ostpolitik der niederländischen Kirchen in den siebziger Jahren

Nach der Gründung des BEK wuchs in den offiziellen protestantischen Kirchengremien der Niederlande das Interesse an offiziellen kirchlichen Beziehungen. Die Trennung der ostdeutschen Landeskirchen von der als konservativ betrachteten EKD rief in den Niederlanden eine positive Resonanz hervor. Sie erschien den niederländischen Kirchen als eine vernünftige Entscheidung, vor allem im Hinblick auf die theologische Entwicklung der jüngeren DDR-Generation. Dies hob der Niederländer Albert van den Heuvel, der sich als Mitarbeiter im Kommunikationsreferat des Weltkirchenrates in Genf als internationaler Ökumeniker einen Ruf erworben hatte und 1972 Generalsekretär der NHK wurde, hervor: „[...] I think that the Church Federation comes as a great relief to many of the younger men in the Churches of the GDR who feel that this is a real step towards spiritual independence [...]“²⁵ Diese Feststellung traf tatsächlich auf die Generation der in der DDR aufgewachsenen Christen zu. Sie ging allerdings an dem scharfen staatlichen Druck, unter dem die Trennung vollzogen worden war, vorbei. Die Tatsache, daß der ostdeutsche Kirchenbund nicht vollständig von der EKD losgelöst wurde und zum Beispiel in finanzieller Hinsicht nach wie vor von der reichen westdeutschen Schwesterkirche abhing, übersah van den Heuvel jedoch nicht.²⁶

Bé Ruys und Hebe Kohlbrugge begrüßten den ostdeutschen Schritt ebenfalls. Für die Arbeit der NÖG war es politisch geschickter und praktischer, ihren offiziellen kirchlichen Ansprechpartner für die ‚Ost-Arbeit‘ auch im Osten zu haben. Auf diese Weise brauchte Ruys sich für Genehmigungen kirchlicher Aktivitäten nicht mehr an den Bischof in West-Berlin zu wenden. Sie konnte sich direkt im Sekretariat des BEK in der Auguststraße in Ost-Berlin anmelden. Kohlbrugge teilte die politische Bejahung und Begeisterung für die Existenz einer „Kirche im Sozialismus“ von Ruys nicht. Für sie war das Experiment DDR schon lange gescheitert.²⁷ Sie verabscheute die Strategie des Regimes, die Kirche durch die Erzeugung von ‚Not‘ unter den Kirchenmitgliedern in eine Zwangslage zu manövrieren und sie auf diese Weise zu Kompromissen zu bewegen. Dennoch erkannte sie an, daß der Spielraum der Kirchen in der DDR größer geworden war als sonstwo in Osteuropa. Auch hegte sie für viele Kirchenvertreter in der DDR großen Respekt und

die Kirchenprovinz Sachsen (1996), Sachsen (1998), Pommern (1996) und Mecklenburg (1996), alle in: Archiv LWG.

²⁵ In einem Memorandum vom 24.10.1969 an Blake, Vischer, Lange, Niilus und Hayward in: Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen, 42.3.038 WCC Generalsekretariat Country Files 46-95 Europe. Zitiert bei K. KUNTER, *Die Kirchen – Europa – die Ökumene*, in: C. LEPP/K. NOWAK (Hrsg.), *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90)*, Göttingen 2001, S. 255–276, 263.

²⁶ Vgl. A. BOYENS, *ÖRK und EKD zwischen West und Ost*, in: DERS./G. BESIER/G. LINDEMANN, *Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945–1990)*, Berlin 1999, S. 27–321, hier S. 155.

²⁷ H. KOHLBRUGGE, *Twee maal twee is vijf. Getuige in Oost en West*, Kampen 2002, S. 96.

reiste mehrmals nach Ostdeutschland, um die dortigen Kirchen zu ermutigen und mit theologischer Literatur zu versorgen.²⁸

Die Gründung des Kirchenbundes einerseits und die ersten Erfahrungen mit der Ostpolitik des westdeutschen Kanzlers Willy Brandt inspirierten Albert van den Heuvel, seit 1972 Generalsekretär der NHK und Vizepräsident des niederländischen ökumenischen Kirchenrates,²⁹ zur Entwicklung einer eigenen kirchlichen Ostpolitik. Er hatte sowohl zu Hebe Kohlbrugge als auch zu Bé Ruys guten Kontakt und war der Meinung, daß es an der Zeit sei, die bereits bestehenden Basisinitiativen in einen breiteren Kontext einzubetten. Seine Vorstellungen entwickelte er vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die er im Stab des Weltkirchenrats in Genf gesammelt hatte. Im Namen des Generalsekretärs des Weltkirchenrates, Dr. E.C. Blake, hatte van den Heuvel, der damals noch Mitarbeiter von Blake war, bereits Anfang 1972 der NHK einen offiziellen Brief geschickt, in dem er das Bedürfnis nach einer besseren Informierung über die Kirchen in Osteuropa zum Ausdruck brachte.³⁰ Nach der Aussage des Osteuropa-Experten und Direktors des Utrechter Interuniversitair Instituut voor Missiologie und Oecumenica, Prof. Dr. Hebly, erfüllte dieses Schreiben im Rückblick die Funktion einer ‚letter of instruction‘ für eine Anzahl von protestantischen Kirchenfunktionären, die nun damit begannen, sich aktiv mit den Kirchen in Osteuropa zu beschäftigen.³¹

Blakes – genauer: van den Heuvels – Brief stellt ein sehr ausführliches Antwortschreiben auf einen Brief der NHK dar, in dem diese ihre Sorge über die Mißachtung von Menschenrechten in Osteuropa formuliert hatte. Das Antwortschreiben enthielt einen Vorschlag: „Wenn wir nicht wirklich alles unternehmen, um die Kirchen in den sozialistischen Ländern kennenzulernen, werden unsere Bezeugungen kritischer Sorge unglaubwürdig; sie können dann in den betreffenden Ländern nur als antikommunistisch, d.h. als politisch-ideologische Erklärungen verstanden werden.“ Die NHK wurde aufgerufen, Beziehungen zu Bruderkirchen in Osteuropa herzustellen. Mit der westdeutschen Ostpolitik vor Augen referierte der Brief des Weltkirchenrats anschließend an „das große Geschenk der ökumenischen Bewegung“, das darin bestehe, „daß wir uns jetzt gegenseitig kennenlernen können – nach einer langen Geschichte der Entfremdung und Isolierung.“ Die Menschenrechte wurden freilich nicht erwähnt.³²

²⁸ Ebd., S. 65, 95.

²⁹ Der niederländische Nationale Rat der Kirchen wurde 1948 gegründet und war seit 1968 mit dem Beitritt der Gereformeerde Kerken in Nederland und der katholischen Kirche eine ökumenische Arbeitsgemeinschaft von neun niederländischen Kirchen. Alle großen protestantischen Kirchen und – was noch bemerkenswerter ist – die katholische Kirche waren in dem Rat vertreten. Da auch der BEK sich aus mehreren konfessionellen Strömungen zusammensetzt, bot sich aus Sicht des BEK eine Zusammenarbeit mit dem niederländischen Kirchenrat geradezu von selbst an.

³⁰ Brief Eugen C. Blake an der Synode der Reformierten Kirche in den Niederlanden, 27.04.1972. Deutsche Übersetzung, in: EZA 101/1486.

³¹ Vgl. *Inleiding dr. J.-A. Hebly, in: Kerk en Wereld. Consultatie over ontwikkelingen in Oost-Europa. M.m.v. Keston College (GB) en Glaube in der 2. Welt (CH)*, Driebergen 1987, S. 7.

³² Brief Blake, 27.04.1972, in: EZA 101/1486.

Somit baute die Ostpolitik der NHK direkt auf der Grundlage auf, die durch die Ostverträge gelegt worden waren. Die Anerkennung der DDR durch die niederländische Regierung im Januar 1973 stellte die letzten Weichen. Zwei Wochen nach der Anerkennung der DDR durch die niederländische Regierung kündigte van den Heuvel, mittlerweile Generalsekretär der NHK, dem BEK den Besuch des Reformierten Generalkonvents durch eine NHK-Delegation an. Gleichzeitig bekundete er Interesse an der Aufnahme offizieller Kontakte mit dem BEK.³³ Im Juli folgte die offizielle Einladung seitens der NHK an den Bund. Als Motiv für die Einladung erinnerte van den Heuvel darin noch einmal an die vielen Gemeindemitglieder, die „während der letzten Jahrzehnte“ ihre eigenen Besuchsprogramme aufgebaut hatten – „mit dem Erfolg, daß viele Christen in Holland der DDR ein gutes Herz zutragen und sich auch für die staatliche Anerkennung der D.D.R. beworben haben.“³⁴

Nach der Anerkennung begann Herman Kortweg aus pastoralem Interesse damit, ein Netzwerk von Gemeindekontakten zwischen niederländischen und ostdeutschen protestantischen Gemeinden aufzubauen. Im Mai 1973 organisierte die reformierte Kirchgemeinde Oud-Beijerland in der Provinz Süd-Holland einen Gesprächsabend zum Thema *Christen in der DDR*. Kortweg, der dort als Grundschullehrer arbeitete, erzählte über seine Erfahrungen in der DDR. Aus dem am jenen Abend versammelten Kreis stammte die Idee, für die ostdeutschen Christen „etwas zu tun“. Zwei Jahre später erfolgte nach persönlichen Vermittlungen Kortwegs und einiger anderer Gemeindemitglieder der erste Besuch einer Delegation der Gemeinde von Oud-Beijerland bei der evangelischen Kirchgemeinde Burg im Spreewald – obwohl die Niederländer mit einem Voucher einreisen und im Hotel in Finsterwalde übernachten mußten. Der Besuch fand großen Anklang, und danach besuchten jährlich Gäste aus Oud-Beijerland zu Christi Himmelfahrt die Gemeinde in Burg.³⁵ Einer der ersten Gemeindekontakte war geboren. Durch informelle Kontakte und persönliche Netzwerke entstanden um Herman Kortweg in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ca. 20 weitere Gemeindekontakte.³⁶

Damit waren die Basiskontakte erfolgreicher als die offiziellen Kontakte. Die Verhandlungen zwischen dem BEK und der NHK verzögerten sich um ein weiteres Jahr, da der BEK den Wunsch äußerte, vom ökumenischen Kirchenrat statt von der NHK eingeladen zu werden. Der Kirchenrat seinerseits ließ mit der Einladung bis März 1974 auf sich warten. Grund war der langwierige demokratische Entscheidungsprozeß im Kirchenrat, an dem sich alle neun Gliedkirchen beteiligen mußten.³⁷

³³ Brief A.H. van den Heuvel an Manfred Stolpe, 26.01.1973, in: EZA 101/1487.

³⁴ Brief A.H. van den Heuvel an Pabst, 24.07.1973, in: EZA 101/1487.

³⁵ MANSCHOT (wie Anm. 17).

³⁶ LANDELIJKE WERKGROEP GEMEENTEKONTAKTEN, *Gemeentekontakten Nederland / Oost-Duitsland. Hoe verder na „die Wende“???* (Januar 1991), S. 3, in: Archiv LWG.

³⁷ Brief H. Fiolet an den BEK, 22.02.1974, in: EZA 101/1487. Der Brief traf jedoch erst am 4. März ein.

Währenddessen setzte sich Albert van den Heuvel weiterhin engagiert dafür ein, die protestantischen Kirchen in der DDR zu unterstützen und Beziehungen zu ihnen auszubauen. Im März 1974 bemühte er sich im Auftrag des Rates der Kirchen darum, für den ersten anvisierten offiziellen Besuch der BEK-Delegation in den Niederlanden einen Zuschuß von 10.000 Gulden zu erhalten.³⁸ Zwei Monate später erhielt er von der Osteuropa-Kommission der Gereformeerde Kerken in Nederland (GKN) die Zusage eines Stipendiums von 2.000 Gulden für einen ostdeutschen Pfarrer, der in den Niederlanden ein Seminar über seelsorgerlich-klinische Verfahren absolvierte.³⁹ Auch wurde auf Initiative der Osteuropa-Kommission für den Magdeburger Bischof Werner Krusche 1974 ein kostenloses Abonnement für alle Publikationen des Weltkirchenrates organisiert und bezahlt.⁴⁰ Aus diesen Publikationen schöpfte Krusche viele Anregungen für seine eigene theologische Arbeit.⁴¹

Neben solchen konkreten Hilfeleistungen unterbreitete van den Heuvel in den offiziellen Kirchengremien seine grundsätzlichen Ansichten zu bilateralen ökumenischen Kontakten. Mit seiner Rede vom 2. Oktober 1974 in Driebergen über *The ecumenical relationship between the churches in Eastern Europe and the West* legte er eine umfassende Strategiekonzeption vor. In dieser programmatischen Rede vor Mitarbeitern von kirchlichen Institutionen und Einrichtungen in Westeuropa, die sich mit den Kirchen Osteuropas beschäftigten, bildete die Notwendigkeit eines „authentic ecumenical fellowship“ zwischen den Kirchen in Ost und West den Ausgangspunkt. Als Bedingung hierfür hob er kontextbezogene Überlegungen und ein Engagement für die Normalisierung der Ost-West-Beziehungen hervor – den Einsatz der niederländischen Kirchen für die Anerkennung der DDR erwähnte er als ein positives Beispiel. Ohne nach Wegen zu suchen, um die politischen und ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West zu überwinden, sei das ökumenische Engagement zwecklos: „cold war-attitudes“ und „concern for christians in Eastern Europe“ seien unvereinbar. Kern seiner Strategie zur Errichtung einer Ost-West-Ökumene war die dringende Empfehlung, „many leveled contacts“ aufzubauen, die er in drei Typen gliederte. Offizielle Verbindungen zwischen Amtskirchen waren gut und notwendig, lokale Ökumene aber rangierte in seinem Programm an erster Stelle. Institutionalisierung der kirchlichen Kontakte diente vor allem der Unterstützung für die Gemeindekontakte und kam daher unmittelbar an zweiter Stelle. Als dritten „important agent of ecumenical fellowship“ erwähnte er schließlich die „theological community“;

³⁸ Brief A.H. van den Heuvel an Oost-Europa Commissie, 14.03.1974. Für das Jahr 1974 standen der Kommission etwa 494.000 Gulden zur Verfügung. Vgl. das Protokoll vom 08.05.1974, in: Het Utrechts Archief (HUA), Bestand Gereformeerde Kerken in Nederland (GKN), Algemeen Diaconaal Beraad (ADB), Inv.-Nr. 226.

³⁹ Brief A.H. van den Heuvel an Oost-Europa Commissie, 31.05.1974; Antwortschreiben vom 07.06.1974, in: HUA GKN, ADB, Inv.-Nr. 226.

⁴⁰ Brief J. van Klinken an dem Moderamen van de Oost-Europa Commissie, 02.10.1974, in: HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 226.

⁴¹ Interview mit Werner Krusche, 19.03.2002 in Magdeburg.

damit war der Austausch von Theologiestudenten, Literatur und Korrespondenz gemeint.⁴²

Im Vergleich zu den abstrakten und allgemeinen Ausführungen des internationalen Weltkirchenrates in Genf war dieses Konzept deutlich konkreter. Vor allem betonte van den Heuvel die Bedeutung der Basisinitiativen. Er hatte zu Recht eingesehen, daß ökumenische Beziehungen nur funktionieren, wenn sie von Kirchenmitgliedern vor Ort getragen werden. Bei seiner Strategie stützte er sich in den Niederlanden hauptsächlich auf die Osteuropa-Sektionen der Weltdiakonate der protestantischen Kirchen, die eng zusammenarbeiteten und 1974 zur sogenannten Europa-Kommission umgetauft wurden. In der Praxis war von einer einheitlichen und klaren Strategie jedoch keine Rede. Die diakonischen Kommissionen entwickelten keine übergreifende Konzeption und ließen sich von einzelnen Aktivisten und Ad-hoc-Entscheidungen leiten. Außerdem kam van den Heuvel mit seinem Plädoyer für eine Aufgabe der antikommunistischen Haltung im Umgang mit den osteuropäischen Kirchen in der Osteuropa-Kommission nicht weit. Dort arbeitete nämlich Hebe Kohlbrugge, die die Beschränkungen des kirchlichen Lebens in Osteuropa aus eigener Erfahrung kannte und mit Kritik nicht sparte.

Kritik an van den Heuwels Ostpolitik

Die ersten kritischen Kommentare erschienen in einem Themenheft der Zeitschrift *In de Waagschaal* über Osteuropa. Hebe Kohlbrugge war Redaktionsmitglied und Initiatorin dieser Ausgabe. 1972 war sie aufgrund persönlicher Arbeitskonflikte und einer zu eigensinnigen Strategie gegenüber Osteuropa gezwungen worden, ihre Funktion beim Weltdiakonat der NHK niederzulegen. Jetzt setzte sie ihre Kontakte zu Osteuropa und ihre Ideen auf ihre eigene Weise fort. Ihre Kritik zielte auf die Politik der Europakommission, die sie verlassen hatte. Der Osteuropa-Kommission, die im Auftrag der GKN im Jahr 1972 ein Heft zum Thema *Kirche und Marxismus* veröffentlicht hatte,⁴³ wurde im *Waagschaal*-Heft ungenügende Distanzierung vom Kommunismus vorgeworfen. Auch die finanzielle Unterstützung der Berliner NÖG wurde verurteilt mit der Begründung, daß die dortige Arbeit aus einer „distanzlosen Solidarität mit der herrschenden Ideologie“ heraus geschehe.⁴⁴

Mit diesen Bemerkungen trafen Kohlbrugge und ihre Mitstreiter in der *Waagschaal*-Redaktion durchaus einen wunden Punkt. Das Heft über *Kirche und Marxismus* verwischte auf theologischem Niveau die politischen Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West. Und die NÖG unter Leitung von Bé Ruys unterstützte zum Beispiel noch immer die Christliche Friedenskonferenz, eine christliche internationale Organisation,

⁴² A.H. VAN DEN HEUVEL, *The ecumenical relationship between the churches in Eastern Europe and the West. Rede, auf dem internationalen Kongreß zu Kirche in Ost-Europa am 2. Oktober 1974 in Driebergen ausgesprochen*, HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 226.

⁴³ ALGEMEEN DIAKONAAL BUREAU (Hrsg.), *Kerken onderweg in een marxistische samenleving*, Utrecht 1973.

⁴⁴ *In de Waagschaal*, 3, März 1974, Nr. 6, S. 6–8, 13 f.

die sich für den Einmarsch der Sowjettruppen in Prag 1968 ausgesprochen hatte.⁴⁵ Durch ihr stark ausgeprägtes antitotalitäres und mithin eigensinniges Gerechtigkeitsempfinden war Kohlbrugge für strategische Vorsicht und Kompromisse ungeeignet. Sie stellte sich quer zu van den Heuvels Ansatz.

In einem Brief an die Redaktion verbarg van den Heuvel nicht seinen Ärger über diesen „Kurswechsel zu einer exklusiven Unterstützung von den Untergrundkirchen und Dissidentengruppen“ sowie über den undiplomatischen Stil und vor allem die öffentlichen Pauschalurteile (beispielsweise über die NÖG). „Seufzend“ setzte er noch einmal seine Politik auseinander, die sich an den folgenden Ausgangspunkten orientierte: a) das primäre Interesse liegt auf den Gemeindekontakten; b) es besteht auch die Notwendigkeit offizieller Kontakte, ohne sich dadurch in Fragen der Menschenrechte „mundtot“ machen zu lassen; c) offizielle sowie inoffizielle diakonische Projekte sollen gefördert werden; d) Offenheit für unterschiedliche ökumenische Konzeptionen ist ebenso erforderlich wie die Förderung von Pluriformität in der Kirche.⁴⁶

In dieser breit angelegten Konzeption war für verschiedene Visionen einer kirchlichen Ostpolitik Platz. Konflikte aufgrund politischer und ideologischer Gegensätze jedoch hatte van den Heuvel nicht vorgesehen. Aus seiner Sicht schürte die Redaktion von *In de Waagschaal* mit ihrem Osteuropaheft die Gegensätze und versuchte, die unterschiedlichen Arbeitsweisen und Einrichtungen gegeneinander auszuspielen. Seiner Meinung nach stiftete sie damit nur Verwirrung in den Niederlanden wie auch in Osteuropa.⁴⁷

Die offizielle kirchliche Sichtweise auf die Beziehungen zu den osteuropäischen Kirchen schien somit nur mit zwei der drei oben erwähnten Linien der informellen DDR-Kontakte etwas anfangen zu können. Die spontanen Besuche und Briefwechsel von Gemeinde zu Gemeinde, die von Herman Korteweg angeregt worden waren, stießen auf Gegenliebe; sie stellten geradezu das Musterbeispiel kirchlicher Kontakte dar. Bé Ruys, die NÖG und andere progressivere christliche Gruppen, die sich loyal gegenüber den osteuropäischen Regimen aufstellten, wurden kritisch verfolgt, aber unbehelligt gelassen. Kohlbrugge mit ihrem aktiven antitotalitären Engagement galt demgegenüber als suspekt.

Im politischen Stil unterschieden sich van den Heuvel und Kohlbrugge grundsätzlich, aber inhaltlich waren sie im Hinblick auf die Religionsfreiheit und die Menschenrechte in Osteuropa Mitte der siebziger Jahre nicht weit voneinander entfernt. Van den Heuvel hatte eine innere Entwicklung durch-

⁴⁵ Vgl. PEKELDER (wie Anm. 9), S. 180–182.

⁴⁶ Brief A.H. van den Heuvel an Prof. Dr. J.M. Hasselaar, o.J. (wahrscheinlich April/Mai 1974), in: HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 226.

⁴⁷ Van den Heuvel hatte mit seiner Befürchtung recht, eine derart offen ausgetragene Auseinandersetzung würde an den Kirchen in der DDR nicht vorbeigehen. Die Angriffe auf Bé Ruys fanden tatsächlich ihren Weg in die DDR und wurden dort bei den Kirchenleitungen als sehr beleidigend empfunden. Vgl. auch die Empörung über ähnliche negative Berichterstattung einige Jahre später im Bericht über die niederländische Delegationsreise in die DDR vom Juni 1977, in: Landeskirchenarchiv Sachsen (LKA), Bestand 2, Nr. 10521-18, Bd. 1.

gemacht. Seine Empfehlung von 1967 an den Generalsekretär des ÖRK, Dr. E.C. Blake, den Weißenseer Arbeitskreis in der DDR als notwendige Kontaktadresse zu betrachten, weist noch auf eine gewisse politische Naivität angesichts der Realität in Osteuropa hin. Diese Organisation galt damals bereits als eine Mantelorganisation regimetreuer Pfarrer.⁴⁸ Seit 1967 allerdings hatte van den Heuvel immer deutlicher gegen Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen von Christen in den osteuropäischen Staaten Stellung bezogen, während der ÖRK eher dahin tendierte, die Menschenrechtsfrage außen vor zu lassen.⁴⁹ So hatte van den Heuvel Ostern 1973 einen offenen Brief der NHK an den Botschafter der UdSSR in Den Haag geschickt, in dem er gegen das Schicksal von 45 inhaftierten evangelischen Christen in der Sowjetunion protestierte.⁵⁰ Zwei Jahre später versuchte er während der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi zu verhindern, daß Erzbischof Nikodim von der Russisch-Orthodoxen Kirche und Präsident der Christlichen Friedenskonferenz als einer der sechs Präsidenten des ÖRK nominiert wurde – bestritt Nikodim doch seit Jahren im ÖRK alle Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion.⁵¹ Aufgrund seines Engagements gegen den einflußreichen Nikodim wurde van den Heuvel in einer Ausarbeitung des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Jahre 1977 zum Thema ÖRK als „politisch-relevantes Problem“ eingestuft. Dem MfS-Bericht zufolge fiel van den Heuvel in Nairobi 1975 negativ auf als „antikommunistisch geprägter Repräsentant“, der versuchte, den ÖRK „unter dem Vorwand, die Wahrung der Menschenrechte zu beobachten, zur Einflußnahme in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten, insbesondere die der UdSSR zu veranlassen“.⁵² Von einem zielstrebigem jungen PR-Mitarbeiter hatte van den Heuvel sich zu einem engagierten Diplomaten im Dienste der Ökumene und mit einem wachsamen Auge für die Bedingungen der hohen Politik im Umgang mit den offiziellen Kirchen wie auch für die konkreten Einschränkungen für Christen in Osteuropa vor Ort entwickelt. Er befürwortete jetzt einen „dialectical leadership i.e. *wisdom* which will keep the official churches in the ecumenical movement and *courage* to stand up for those who suffer.“⁵³ Damit bewegte sich van den Heuvel auf einer Linie mit der Brandtschen Ostpolitik, die von dem Begriff „Wandel durch Annäherung“ gekennzeichnet war. Gerade weil van den Heuvel – wie auch die westdeutschen Sozialdemokraten –

⁴⁸ Vgl. BOYENS (wie Anm. 26), S. 127.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 252. Der Brief, den van den Heuvel im Namen Blakes 1972 verfaßte, und in dem Menschenrechte nicht vorkommen, muß in dieser Tradition und in diesem Zusammenhang gesehen werden. Als Generalsekretär der NHK unternahm van den Heuvel später sehr wohl Anstrengungen, die Menschenrechtsfrage international zu thematisieren.

⁵⁰ Vgl. BOYENS (wie Anm. 26), S. 201.

⁵¹ Nikodim war seit 1959 als Top-Agent für den KGB tätig; diese Aktivitäten waren damals noch nicht bekannt. Vgl. BOYENS (wie Anm. 26), S. 40.

⁵² Vgl. Ökumenischer Rat der Kirchen, Berlin, den 10. Februar 1977, in: MfS, HA XX/4, 3231, S. 114.

⁵³ Brief van den Heuvel an G.G. Williams, Generalsekretär der Konferenz Europäischer Kirchen vom 28.04.1976. Zitiert bei BOYENS (wie Anm. 26), S. 253.

Änderungen im Ostblock forderte, legte man Wert auf gute Beziehungen zu den offiziellen Instanzen der osteuropäischen Staaten. Für die SPD waren dies die sozialistischen Regime – insbesondere das Regime der DDR; für van den Heuvel waren es die offiziellen Kirchen in den sozialistischen Staaten – insbesondere der BEK und die Russisch-Orthodoxe Kirche.

Hebe Kohlbrugge gingen diese offiziellen Beziehungen zu weit. Ihre politische Unbeugsamkeit, die sie noch immer öffentlichkeitswirksam artikulierte, paßte nicht zu van den Heuvels anspruchsvollem und diplomatischem Strategiekonzept im Hinblick auf die Ost-West-Kontakte. Die Frage ist jedoch, ob van den Heuvels an der Ostpolitik angelehntes ‚grand design‘ nicht organisatorisch gesehen zu anspruchsvoll für die niederländische Situation war. Aufgrund seiner Erfahrungen im Weltkirchenrat hatte van den Heuvel gelernt, wie man mit diplomatischem Geschick und andauerndem Druck etwas erreichen konnte. Die niederländische Kirchenstruktur unterschied sich jedoch grundlegend von der des Weltkirchenrates. Erstens fehlten den protestantischen Kirchen der Niederlande festangestellte, besoldete und qualifizierte Kirchenfunktionäre. Zweitens konnten die niederländischen Protestanten mit ihrer Vielzahl an Kirchen und kirchlichen Einrichtungen kaum mit einer einheitlichen Stimme sprechen. Nachdem van den Heuvel 1980 aus der Kirchenleitung ausschied, verschwand seine großangelegte Strategie gegenüber den osteuropäischen Kirchen von der Tagesordnung und wurde von seinen Nachfolgern allenfalls bruchstückhaft fortgesetzt.

Sondierungen zur Aufnahme offizieller kirchlicher Beziehungen

Die ersten Sondierungen zur Aufnahme offizieller Kirchenbeziehungen erfolgten anlässlich eines Briefes aus Groningen. Im Oktober 1970 traf beim Sekretariat des BEK ein Brief ein, in dem eine Gruppe von Groninger Theologiestudenten um eine offizielle kirchliche Einladung bat. Damit hätte sie die DDR-Reise als kirchenamtliche Dienstreise durchführen und finanzielle Belastungen vermeiden können. Die Antwort des BEK-Sekretariats war eine eindeutige Ablehnung.⁵⁴ Für den Antrag der Studenten sei zuerst eine offizielle Aufnahme kirchlicher Beziehungen zu den Leitungen der protestantischen Kirchen in den Niederlanden erforderlich.⁵⁵ Zu einem solchen Schritt kam einen Monat später ein neuer Anreiz. Diesmal war es Superintendent⁵⁶ Baumgärtner aus Halle, der begeistert aus den Niederlanden zurückkehrte und die sofortige Aufnahme von Beziehungen anregte. Baumgärtner war im November 1970 einer Einladung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des In-

⁵⁴ Die Reise, die als Ziel hatte, sich über die Stellung der Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft zu informieren, wurde als Touristenreise im April 1971 trotzdem durchgeführt; dabei kamen einige Begegnungen mit kirchlichen Stellen und Kirchengemeinden zustande. Siehe Brief Baumgärtner an Pabst, 15.03.1971, in: EZA 101/1486.

⁵⁵ Brief Ruurd Veldhuis an Bischof Albrecht Schönherr, 22.10.1970; Aktenvermerk Walter Pabst an Bischof Schönherr, 05.12.1970, in: EZA 101/1486.

⁵⁶ Ein Superintendent hat die kirchliche Aufsicht über einen Kirchenkreis mit mehreren Gemeinden, in diesem Fall Halle.

stituts Kerk en Wereld in Driebergen gefolgt, wo er 1950 ein Vierteljahr lang studiert hatte. In diesem ersten ausführlichen Reisebericht an das Sekretariat des Bundes über einen Besuch in den Niederlanden lobte Baumgärtner die Vielfalt der Kirchen und die Autonomie der niederländischen Gemeinden, die er besucht hatte. Es ist auffallend, wie stark sein Bericht im Zeichen der deutschen Frage und des ostdeutschen Profilierungsdrangs steht. Hier wurde der „solide Wohlstand“ in Holland gerühmt, der jedoch „nicht zu den chaotischen Übertreibungen führt, die man als Holländer an Westdeutschland so wenig sympathisch findet“. Offensichtlich fühlte er sich von diesem „Unbehagen gegenüber dem Selbstbewußtsein und der wirtschaftlichen Machtposition der Westdeutschen“, das er in den Niederlanden wahrgenommen hatte, angezogen. Gegenüber den DDR-Bürgern stellte er eine „sehr freundliche Aufgeschlossenheit“ fest. Die Anerkennung der DDR gelte „allgemein als völlig logische Konsequenz aus der Nachkriegsentwicklung“, und die „Wiedervereinigung erscheint unmöglich und ist im übrigen unerwünscht“. Mit diesen Feststellungen lieferte Baumgärtner einen nahezu makellosen Glaubensbrief für die Niederlande und reihte en passant die Niederländer in die moralisch-psychologische Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik in das Lager der DDR ein.⁵⁷ Sein Bericht beeindruckte den zuständigen Ökumenereferenten im Sekretariat des Bundes, der Baumgärtners Beobachtungen als eine wichtige „Orientierungshilfe“ beim Aufbau offizieller Beziehungen betrachtete.⁵⁸

Der Brief aus Groningen und Baumgärtners Reisebericht schlossen sich nahtlos an eine strukturelle Entwicklung der ostdeutschen Kirche an: Seit 1969 hatten die ostdeutschen Landeskirchen die organisatorische und rechtliche Trennung von der EKD vollzogen und einen eigenen DDR-Kirchenbund gegründet; dieser wurde zwei Jahre später vom DDR-Regime anerkannt.⁵⁹ Jetzt fingen die Landeskirchen an, eigene Konzeptionen in Bezug auf ihr kirchliches Selbstverständnis und auf ihre ökumenische Politik zu entwickeln. Eigenständige ökumenische Kontakte im internationalen Rahmen zwischen nationalen Amtskirchen genossen hohe Priorität. Dies wurde getragen vom Profilierungswunsch gegenüber der EKD einerseits und dem Bestreben nach internationaler Anerkennung als Instrument zur Verteidigung der Autonomie gegenüber dem SED-Regime andererseits. Die Kontaktaufnahme zu den niederländischen Kirchen verlief nach diesem Muster, obwohl sie sehr zaghaft und bürokratisch in Gang gesetzt wurde.

Der Gedanke zur Aufnahme offizieller Beziehungen zu den niederländischen Kirchen wurde weiterentwickelt. Die Leitungsgruppe der Ökumeni-

⁵⁷ D. BAUMGÄRTNER, *Bericht über eine Studienreise nach den Niederlanden*, November 1970, in: EZA 101/1486. Vgl. auch *Neue Zeit* vom 04.05.1969, in der der Besuch eines Pfarrers mitsamt einer Gemeindefelegation aus Lochem in Ballenstedt im April 1969 vermeldet wurde. Dieser Besuch wurde propagandistisch für die DDR ausgeschlachtet, indem der Spruch des Pfarrers zitiert wurde, daß die DDR eine „bessere Grundlage für Gespräche mit Holländern“ bilde als die ignorante Bundesrepublik.

⁵⁸ Brief Pabst an Baumgärtner, 04.12.1970, in: EZA 101/1486.

⁵⁹ Vgl. D. POLLACK, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart 1994, S. 255.

schen Kommission vom Sekretariat des Bundes bedurfte jedoch noch einiger weiterer Anregungen. Eine Einladung der NHK vom Juli 1972 an ihr unmittelbares konfessionelles Gegenstück, den reformierten Generalkonvent in der DDR, schien die richtige Herausforderung an den Bund zu sein, seine zögerliche Haltung aufzugeben – drohte doch seine Ökumene-Politik nun vom kleinen reformierten Generalkonvent überholt zu werden.⁶⁰ Ein paar Tage später entschied die Leitungsgruppe Ökumene, Sondierungsgespräche mit dem ökumenischen Kirchenrat der Niederlande zu führen. Noch im Sommer des gleichen Jahres signalisierte Oberlandeskirchenrat von Brück im Auftrag der Leitungsgruppe Ökumene auf der Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrats in Utrecht dem Vertreter des holländischen Kirchenrats das Interesse des BEK an offiziellen Verbindungen zum Nationalen Kirchenrat in den Niederlanden.⁶¹

Zwischen dem Groninger Brief und diesen Sondierungsgesprächen lagen bereits zwei Jahre. Die Gründe für die Verschleppung lagen hauptsächlich in den bürokratischen Strukturen der DDR-Kirche. Es gab freilich auch politische Gründe, da unkontrollierte und unliebsame Besuche und Gäste Eingriffe des Regimes zur Folge haben würden. Jeder Beratung der Leitungsgruppe der Ökumenischen Kommission hatte eine Beratung der Ökumenischen Kommission zu folgen sowie eine endgültige Beschlußfassung in der Konferenz der Kirchenleitungen. Auch erhielt zwischendurch eine Delegation der Russisch-Orthodoxen Kirche in der DDR Vorrang vor den Besprechungen mit den niederländischen Kirchen.⁶²

Trotz aller bürokratischen und politischen Rücksichtnahme unterhielten Vertreter der DDR-Kirchen mit den niederländischen Kirchen nach wie vor einen sehr intensiven Austausch. Die Niederlande „sind eines der wichtigsten protestantischen Gebiete Westeuropas, mit denen wir unsere Beziehungen intensivieren müssen“, hieß es bereits im Jahre 1970.⁶³ Eine Konzeption in Bezug auf die Gestaltung dieser offiziellen Verbindungen war dies allerdings noch nicht, geschweige denn eine Zukunftsvision für Kontakte auf Gemeindeebene. An der Basis existierte bereits ein Geflecht von fruchtbaren und lebendigen Kontakten, an der Spitze der DDR-Kirche war man jedoch noch sehr stark auf offizielle Kircheninstanzen und diplomatische Vorsicht fokussiert und brauchte Zeit, eine Politik zu finden.

Die erste DDR-Delegation in den Niederlanden (1975)

Im April 1975 kam der erste Besuch einer BEK-Delegation in die Niederlande zustande. Er war ein Erfolg. Die sechs im kirchlichen Dienst stehenden

⁶⁰ Brief Landsman und Spilt (NHK) an Greulich und Rutenborn (Reformierter Generalkonvent), 03.07.1972, in: EZA 101/1486.

⁶¹ Auszug aus der Niederschrift über die Beratungen der Leitungsgruppe der Ökumenischen Kommission des BEK vom 06.07.1972, 07.09.1972; Brief von Brück an Pabst, 27.11.1972, in: EZA 101/1486.

⁶² Ebd.

⁶³ Brief Pabst an Baumgärtner, 04.12.1970, in: ebd.

Delegationsmitglieder, mit Kirchenpräsident Natho als Delegationsleiter, zeigten sich über die Pluriformität der niederländischen Kirchenlandschaft, die sie als „verwirrend“ empfanden, erstaunt. Die Toleranz, die ökumenische Orientierung und die Experimentierfreudigkeit in den niederländischen Kirchen beeindruckten sie sehr. Eine Kirche, die an Hippies verkauft wurde, die Öffnung von Pfarrhäusern für Prostituierte und natürlich eine Grachtenfahrt prägten ihr Bild von den Niederlanden.⁶⁴

Der Erfolg des Besuches bestand vor allem in der Tatsache, daß es einigen Kirchenvertretern des BEK überhaupt gelungen war, eine Reise in das westeuropäische Ausland genehmigt zu bekommen. In der Gestaltung ihrer Außenpolitik waren die Kirchen der DDR völlig auf das Regime angewiesen. DDR-Bürger besaßen keinen Reisepaß, und alle kirchlichen Dienstreisen und Ausreisevisa mußten bei der Dienststelle des Staatssekretärs beantragt werden. Obwohl es sehr schwierig war, Ausreisen für DDR-Bürger zu organisieren, erwirkte die DDR-Kirche immer wieder Ausreisegenehmigungen. Der Grund hierfür war, daß das DDR-Regime die internationale ökumenische Tätigkeit befürwortete unter der Voraussetzung, daß sie ihren Interessen entgegenkam.

Die Kirche hatte sich zu einem „außenpolitischen Faktor allererste Güte“ entwickelt.⁶⁵ Seit der Anerkennung der DDR durch den Westen und der Aufnahme in die Vereinten Nationen 1973 war die DDR-Führung sehr empfindlich im Hinblick auf ihr Ansehen im Ausland. Aufgrund der außenpolitischen Signalfunktion der Kirche mußte das Regime immer mehr auf deren Wünsche und Interessen Rücksicht nehmen. Gleichzeitig versuchte die DDR-Führung, die Kirche für ihre außenpolitischen Ziele einzuspannen. Die Interessen der dortigen Kirchenleitung und des Regimes kamen im Bereich der Ökumene also eng zusammen – dies galt auch für die Beziehungen zu den Niederlanden.

In ihrem Reisebericht von 1975 schreibt die DDR-Delegation, daß ein ihrerseits erwünschtes und tags zuvor verabredetes Gespräch mit der DDR-Vertretung in Den Haag in einer sehr „freundlichen“ Atmosphäre geführt worden sei. Irritiert war die Botschaftsvertretung nur durch die Tatsache, daß sie vom Besuch der BEK-Delegation erst aus der Presse erfuhr, sie begrüßte jedoch, daß die BEK-Delegation mit vielen Personen in Kontakt treten konnte.⁶⁶ Prestigeträchtige Delegationsreisen waren 1972 und 1974 ebenfalls bereits nach Großbritannien und Moskau unternommen worden, und als Erzbischof Michael Ramsey die DDR 1974 offiziell besuchte, wurde er unter

⁶⁴ *Bericht über den Besuch der Delegation des BEK in der DDR beim Rat der Kirchen in den Niederlanden vom April 1975*, in: EZA 101/1490.

⁶⁵ D. POLLACK, *Kirchliche Eigenständigkeit in Staat und Gesellschaft der DDR*, in: LEPP/NO-WAK (wie Anm. 25), S. 178–205, 192–193. Vgl. auch KUNTER (wie Anm. 25), S. 272.

⁶⁶ *Bericht über den Besuch der Delegation des BEK* (wie Anm. 64), S. 7. Die Kommunikation verlief auch in einem zentralistischen, „durchherrschten“ Staat offensichtlich nicht immer reibungslos.

Begleitung eines „Konvois mit Blaulicht“ von führenden staatlichen Repräsentanten empfangen.⁶⁷

Die offizielle SED-Kirchenpolitik und die ökumenischen Kontakte

Die Staats- und Parteiorgane, die sich mit der sozialistischen Kirchenpolitik beschäftigten, betrachteten die Beziehungen zu den Niederlanden wohlwollend, solange sie der Zielstellung ihrer Politik, „kirchliche Amtsträger zu loyalen Bürgern unseres sozialistischen Staates zu erziehen“, nicht zuwiderliefen.⁶⁸ Ihre Strategie bestand darin, die ökumenischen Kontakte „zu nutzen, um die Wahrheit über die Religionsfreiheit und die guten Arbeitsmöglichkeiten der Kirchen in unserem sozialistischen Staat im internationalen Maßstab zu verbreiten.“⁶⁹ In einem Bericht der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des Zentralkomitees der SED vom Oktober 1976 wurde noch die Priorität der Kontakte zu Kirchen in den osteuropäischen Ländern hervorgehoben. Die Abteilung Internationale Beziehungen im Staatssekretariat für Kirchenfragen ordnete in ihrem ebenfalls vom Oktober 1976 datierten Bericht die Beziehungen zu Kirchen in Westeuropa jedoch bereits in die Liste der inhaltlichen Schwerpunkte ein.⁷⁰

Problematisch wurde es, sobald die ökumenischen Beziehungen nicht mehr der „Durchsetzung der außenpolitischen Aufgaben und Zielstellungen von Partei und Regierung“ entsprachen. Als die Delegation der NHK, die sich 1973 auf Einladung des Reformierten Generalkonvents in der DDR aufhielt, den beim Regime wegen seiner unbeugsamen Haltung in Unnade gefallenen Bischof Fränkel in Görlitz besuchen wollte, sagte der Reformierte Generalkonvent diesen Teil des Besuches nach einem Telefonat aus der Dienststelle des Staatssekretärs ohne Rücksprache mit Fränkel und der niederländischen Delegation ab. Einem Mitarbeiter der Dienststelle des Staatssekretärs zufolge sollten die Niederländer nicht in diesen Konflikt hineingezogen werden.⁷¹ Dieses ‚divida et impera‘-Spiel wendeten die Machthaber immer wieder an. Unliebsame Kirchenvertreter wurden mit dem Entzug von Privilegien bestraft, während den ausländischen Gästen mit Hilfe mehr oder weniger unkritischer Funktionäre eine polierte Fassade vorgeführt wurde. Nicht alle niederländischen Kirchenvertreter durchschauten dies sofort.

⁶⁷ A. SCHÖNHERR, ... *aber die Zeit war nicht verloren. Erinnerungen eines Altbischofs*, Berlin 1993, S. 321.

⁶⁸ Bericht der Arbeitsgruppe Kirchenfragen über „Grundsätze und Maßnahmen“ zur Weiterführung der Politik gegenüber der evangelischen Kirche, die mit dem Genossen Seigewasser und den Genossen des MfS abgestimmt wurden (W. Barth), in: Bundesarchiv Stiftung Arbeiterparteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (BArch – SAPMO), DY 30. IV B 2/ 14/ 17, S. 19.

⁶⁹ Ebd., S. 27.

⁷⁰ *Vorschläge zur Einflußnahme auf die ökumenische Politik der protestantischen Kirchen in der DDR*, 14.10.1976, in: BArch – SAPMO, DO 4 4717, S. 5, 6.

⁷¹ Aktenvermerk Christa Lewek, 08.05.1973; Aktennotiz Horst Greulich, *Betrf.: Nichtwahrnehmung des Besuches von Dozent Dr. Heby in Görlitz*, 10.05.1973, in: EZA 101/1487.

Auch die Ost-West-Partnerschaftsbeziehungen auf Gemeindeebene waren in der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, wie sich Bischof Schönherr erinnerte,⁷² ungeliebt. Diese entzogen sich der staatlichen Kontrolle und brachten dem Regime wenig diplomatische Lorbeeren oder gar internationales Ansehen ein. Außerdem sollte eine „quantitative Ausdehnung des Reisekaders des BEK“ verhindert werden. „Er [der Reisekader] sollte weitestgehend auf Mitglieder der Kirchenleitungen und besondere Beauftragte des BEK für bestimmte ökumenische Tagungen eingeschränkt“ werden.⁷³

Der Kirchenbund und die Kontakte zu niederländischen Kirchen

Der Vorstand des BEK war mit dieser Einschränkung einverstanden. Für ihn hatte die Ökumene eine existentielle Bedeutung. Sie war zu wichtig, als daß man die prekären Ausreisegenehmigungen durch mögliche Ungeschicklichkeiten an der Basis hätte gefährden lassen wollen. Nicht nur aus Prestige-gründen war der Kontakt zur internationalen Ökumene wichtig. Die Kirchenleitung in der DDR brauchte den ökumenischen Kontakt an erster Stelle, um ihr Selbstverständnis und ihre geistige und kirchenpolitische Autonomie im eigenen Land zu stützen. An zweiter Stelle brauchte sie ihn, um ihre Interessen, die mit dem Standort der Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft verbunden waren, auch im Ausland durchzusetzen.⁷⁴

Auch die Kontakte zu den Niederlanden müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie wurden vom BEK an erster Stelle aufgrund ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis des BEK geschätzt. Beispielsweise ging aus dem Dankschreiben von Bischof Schönherr anlässlich des BEK-Besuches in den Niederlanden zwar hervor, daß die Delegation besonders von der „Ökumenizität“ und der „Situationsgemäßheit“ der niederländischen Kirchen beeindruckt war.⁷⁵ Es fällt jedoch auf, daß insbesondere diejenigen Elemente der niederländischen Kirchen gerühmt und betont wurden, die dem eigenen Selbstverständnis entsprachen.

„Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ zu sein war seit der Synode von Potsdam-Hermannswerder (1970) die Formel, die der BEK zur Umschreibung benutzte. Unterstrichen wurde in dem Reisebericht, daß der niederländische Kirchenrat genau diesen Begriff anwendete. „Im Blick auf die gesellschaftliche Wirksamkeit der Kirche bekennen sich die Gastgeber zu unserem Konzept der ‚Kirche für andere‘“, heißt es zum Beispiel im Bericht.⁷⁶ Die Beziehungen zu den niederländischen Kirchen schienen in diesem Zusammenhang vor allem als Spiegel des eigenen Selbstverständnisses zu fungieren. Die Akklamation der meisten niederländischen Kontaktpartner für das Konzept der „Kirche im Sozialismus“ bestärkte den BEK in seinem Kurs und verlieh

⁷² SCHÖNHERR (wie Anm. 67), S. 307.

⁷³ *Vorschläge* (wie Anm. 70), S. 8.

⁷⁴ Vgl. K. KUNTER, *Die Kirchen im KSZE-Prozeß 1968–1978*, Stuttgart 2000, S. 117.

⁷⁵ Brief Schönherr an den Vorsitzenden des Rates der Kirchen in den Niederlanden, Prof. Dr. Berkhof, 04.06.1975. EZA 101/1489.

⁷⁶ *Bericht über den Besuch der Delegation des BEK* (wie Anm. 64), S. 27.

ihm gegenüber dem eigenen Staat sowie in der internationalen Ökumene ein größeres Selbstbewußtsein.

Ein weiteres Element der kirchlichen Außenpolitik war das Bestreben, sich von der Ausrichtung auf deutsch-deutsche Beziehungen zu lösen und sich gegenüber der EKD in der internationalen Ökumene zu profilieren.⁷⁷ Die niederländischen Kirchen wurden aus dieser Sicht vor allem als ‚nicht-westdeutsche‘ Partner geschätzt. In einem Überblick des BEK aus dem Jahre 1989 über seine ökumenische Arbeit heißt es über die Beziehungen zu den Niederlanden: „Eine von der deutschen Nachkriegsgeschichte unbelastete Partnerschaft mit einem westeuropäischen Land führt zu einer Horizonterweiterung in den Gemeinden und dient damit auch der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses aus persönlichem Erleben heraus.“⁷⁸

Kritik an den gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR war allerdings unerwünscht. Unstimmigkeiten gab es im Gespräch zwischen der Delegation des BEK und der seit 1975 existierenden Beratungsgruppe Osteuropa bei der Sektion Internationale Angelegenheiten des Kirchenrates. Diese Gruppe, die faktisch in Konkurrenz zur Osturopa-Kommission der beiden protestantischen Kirchen operierte, wurde von Hebe Kohlbrugge dominiert. Durch ihre Mitgliedschaft in dieser Einrichtung hatte sie wieder in der offiziellen kirchlichen Hierarchie Fuß gefaßt. Das Gespräch mit der Beratungsgruppe Osteuropa wurde von der ostdeutschen Delegation in ihrem Bericht als „recht unergiebig“ gewertet. Die Niederländer glaubten, „über unsere Situation besser unterrichtet zu sein [...] als wir selbst“; weiter hieß es: „Bemerkenswert war auch die Tendenz, unsere Situation an der des Kirchenkampfes im sogenannten 3. Reich zu messen.“⁷⁹ Tatsächlich traf die BEK-Delegation hier auf die oben erwähnte Linie der ‚Ostpolitik‘, die – personifiziert in Hebe Kohlbrugge – von einer fast kriegsähnlichen Situation in Osteuropa ausging und den Kirchen in Osteuropa in ihrer Unterdrückung Hilfe leisten wollte.

Wie vorher schon mit van den Heuvel geriet Kohlbrugge im Gespräch mit der BEK-Delegation in Konflikt mit eher vorsichtig operierenden Kirchenfunktionären, die politische Probleme mieden. Ihre Kritik an den repressiven Seiten des DDR-Regimes konnte die Delegation nicht akzeptieren. Es war für die Kirchenvertreter aus der DDR nicht opportun, Kritik an ihren Machthabern anzunehmen. Es bestand ja immer die Möglichkeit, beispielsweise durch Spitzel innerhalb der Gruppe beobachtet zu werden. Außerdem traf Kohlbrugges Sichtweise das Selbstbewußtsein der ostdeutschen Kirchenvertreter. Diese hatten sich mit Mühe eine Legitimation ihrer Arbeit in der DDR als „Kirche im Sozialismus“ verschafft und wollten sich nicht als die ‚armen Mitbrüder‘ bemitleiden lassen.

⁷⁷ KUNTER (wie Anm. 74), S. 117 f.

⁷⁸ *Bericht der 6. Kommission für Ökumene vor der 5. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR in Eisenach, 15.–19.9.1989*, in: CH. DEMKE/M. FALKENAU/H. ZEDDIES (Hrsg.), *Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*, Leipzig 1994, S. 424.

⁷⁹ Unkorrigierter Bericht Christa Lewek über *Freitag, 25. April 1975*, S. 3, der später in den (korrigierten) Bericht über den Niederlande-Besuch (wie Anm. 64) eingegangen ist. Siehe EZA 101/1490.

Die DDR-Delegation verfolgte deutlich ihre eigenen Ziele und reagierte nur sehr zurückhaltend auf die niederländischen Anregungen und Vorschläge, die je nach Gesprächspartner freilich auch sehr unterschiedlich ausfielen. Dafür hatte sie ihre Gründe. Im Reisebericht, der allen zuständigen und allen leitenden kirchlichen Gremien in der DDR zugeschickt wurde, zeigte sich bereits, wie sehr die Delegation des BEK auf ihrer Reise durch die Niederlande von der Pluriformität der niederländischen Kirchen beinahe schockiert war. Die auf die Fortsetzung der Kontakte bezogenen Bemerkungen van den Heuvels während des Schlußgesprächs mit der Delegation wirkten auch nicht gerade beruhigend: Nur „brüderliche Offenheit“ und das „Lokalexperiment“ seien die Verpflichtungen – darauf bezogen sei „alles möglich“. Und weiter: „Das Konzept ‚Ordnung‘ ist für uns ein fragwürdiges Konzept, von Uniformität zu schweigen.“⁸⁰ In ihrer Zusammenfassung der Ergebnisse stellte die Delegation fest, daß die niederländischen Partner im Hinblick auf die Fortsetzung der Kontakte „keinen Sinn für die programmatische Ordnung solcher Kontakte“ habe. Die Delegation war zwar durch das „brennende Interesse“ der Niederländer an ihren Empfindungen ermutigt und „durchaus zufrieden“ mit der Besuchswoche.⁸¹ Im Sekretariat des BEK und innerhalb der Kirchenleitung geschah jedoch mit den Anregungen der Niederländer zum umfassenden Aufbau der Beziehungen und Kontakte an der Basis nicht viel.

Basisarbeit wurde zwar organisiert, doch dies geschah auf eine ganz andere Weise. Die Kirchenvertreter, die an dem ökumenischen Besuch in den Niederlanden 1975 teilgenommen hatten, reisten durch die DDR und berichteten auf Gemeindeabenden über ihre Erfahrungen. Auf diese Weise meinte auch Kirchenpräsident Natho in einem Schreiben an den niederländischen Kirchenrat, eine gute Gelegenheit gefunden zu haben, „die ökumenische Verbundenheit mit Ihren Kirchen in unseren Gemeinden zu bezeugen und von unseren Erlebnissen ‚bildreich‘ zu berichten.“⁸² Daß der Reisekader des BEK seine Privilegien vielleicht manchmal zu sehr in den Vordergrund schob und die Kluft zu den ‚normalen‘ Gemeindemitgliedern, die nicht ausreisen durften, vergrößerte, blieb unberücksichtigt.

Auf die erneute Bitte van den Heuvels im Oktober 1975, ihm eine Liste mit Namen von Pfarrern zu schicken, die vom Rat der Kirchen eingeladen und in den Niederlanden bei Gemeinden untergebracht werden könnten,⁸³ reagierte der Geschäftsführende Ausschuß der Ökumenischen Kommission negativ; eine Liste bekam van den Heuvel nicht. An diesem Punkt geriet er mit seinem ausdifferenzierten Konzept an die Grenze des Möglichen. Im März 1976 beschloß der Ausschuß, daß es „günstig und nötig“ sei, „auf dem Gebiet des Pfarreraustausches [...] zunächst Erfahrungen mit einer Kirche aus einem sozialistischen Land zu erproben.“⁸⁴ Umsichtig umgehen und die

⁸⁰ *Bericht über den Besuch der Delegation des BEK* (wie Anm. 64), S. 26 f.

⁸¹ Ebd., S. 28.

⁸² Brief Natho an Fiolet, 11.06.1975, in: HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 227.

⁸³ Brief van den Heuvel an Dr. Johannes Althausen vom Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg, 14.10.1975, in: EZA 101/1489.

⁸⁴ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Ökumenischen Kommission (GAdÖK) am 03.03.1976, Berlin, in: EZA 101/1489.

Kontrolle behalten, war das Leitmotiv der BEK-Leitung, die sich auf niederländische Experimente aus Rücksichtnahme auf staatliche Einwände nicht ohne weiteres einlassen wollte.

Der niederländische Gegenbesuch in der DDR 1977

Der Gegenbesuch einer offiziellen Delegation aus den Niederlanden auf Einladung von Bischof Schönherr⁸⁵ im Juni 1977 sollte die Kontakte intensivieren. Für die Delegation aus den Niederlanden wurde ein umfassendes Programm vorbereitet. Von Seiten des Regimes gab es keine Einwände. Die Prioritätensetzung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED und der Abteilung Internationale Verbindungen im Staatssekretariat für Kirchenfragen waren 1976 definiert worden. Insgesamt wurden die Niederlande durchaus positiv in den DDR-Medien dargestellt. Während eines Besuches in den Niederlanden im Jahre 1977 auf Einladung der Theologischen Fakultät Leiden lobte Wolfgang Heyl, Funktionär der Ost-CDU und des DDR-Friedensrates, zum Beispiel die Einstellung der Niederländer zur DDR: Das DDR-Bild habe sich in den letzten Jahren „ganz erheblich [...] zu unseren Gunsten zu ihrem Vorteil“ gewandelt. Besonders das Interesse an der Existenz von Christen im Sozialismus, am „blühenden kirchlichen Leben“ und an der „fruchtbaren Zusammenarbeit von Christen und Marxisten zum Wohle des ganzen Volkes“ war ihm aufgefallen.⁸⁶

Die Vorbereitung zum Gegenbesuch verlief innerhalb der DDR-Kirche jedoch nicht reibungslos. Die zentrale Rolle des Sekretariats und der Ökumenischen Kommission bei der Gestaltung des Besuches verursachten Irritationen an der Basis. So brachte der bekannte Theologe Johannes Althausen, der zu van den Heuvel Kontakt hatte, sein „Befremden“ darüber zum Ausdruck, daß das Programm für die Besuchsreise einer niederländischen Delegation in der DDR 1977 einseitig im Sekretariat vorbereitet und völlig an den Gliedkirchen vorbeigeplant worden war.⁸⁷

Dennoch wurde das umfangreiche Besuchsprogramm erfolgreich absolviert. Der Insel Usedom wurde genauso ein Besuch abgestattet wie der Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion, der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen und natürlich vielen kirchlichen Stätten und Einrichtungen. Allerdings sind in den jeweiligen Reiseberichten der ostdeutschen Begleitung und der niederländischen Delegation einige gravierende kritische Ausführungen aufgenommen worden. Diese Textstellen wurden vom zuständigen Ökumenereferenten nachträglich sogar als dermaßen brisant betrachtet, daß er der BEK-Leitung vorschlug, sie höchst vertraulich zu behandeln. Sie kämen

⁸⁵ Brief Schönherr an den Rat der Kirchen in den Niederlanden, 08.12.1976, in: ebd.

⁸⁶ *Der Demokrat*, 16.12.1977, in: BArch – SAPMO, DO 4 3513.

⁸⁷ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des GAdÖK am 01.06.1977 in Berlin, in: EZA 101/1490.

„für eine Streuung an einen größeren Leserkreis nicht in Frage“⁸⁸ – dies war mit dem DDR-Besuchsbericht von 1975 sehr wohl passiert.

Die niederländische Kirchenratsdelegation mußte sich wiederholt sehr scharfe Kritik gefallen lassen. Das ‚Rassismus‘- und ‚Molukken‘-Problem und die Beziehungen der protestantischen Kirchen in den Niederlanden zu Südafrika führten zu heftigen Vorwürfen. Zum Teil stellten die ostdeutschen Kirchenmitglieder tatsächlich vorhandene Mißstände an den Pranger. Gleichwohl erweckte die Kritik vor allem den Eindruck, durch die von anti-westlichen Motiven gekennzeichnete Berichterstattung in den DDR-Medien ausgelöst zu sein.

Im Vergleich zu der scharfen Reaktion der ostdeutschen Delegation zwei Jahre vorher auf Kritik der Niederländer an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR war der Umgang der niederländischen Gäste mit den ostdeutschen Vorwürfen souveräner. Die Niederländer, die ja auf staatliche Repressalien keine Rücksicht nehmen mußten, wichen der Debatte nicht aus. Ihrerseits hatten sie auch einige sehr direkte Fragen zu stellen. Erstens fiel den Delegationsmitgliedern auf, daß in der DDR „Ökumene vor allem Ökumene mit den Kirchen im Ausland“ bedeutete.⁸⁹ Innerhalb der DDR arbeiteten die unterschiedlichen Glaubensrichtungen kaum zusammen. Zweitens mißfiel ihnen die „intolerante Art“, in der Dozenten des kirchlichen Oberseminars Hermannswerder kritische Bemerkungen der Studenten in Bezug auf die Einengungen in ihrer beruflichen Ausbildung zurückwiesen. „So könnte man in den Niederlanden nicht mit Studenten diskutieren.“⁹⁰ Drittens war für sie die Arbeitsverpflichtung in der DDR sehr suspekt; sie fanden es unvorstellbar, daß „in der DDR die Menschen zur Arbeit gezwungen werden.“ Und viertens zeigten sie sich anlässlich eines Besuches am ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen entsetzt darüber, „wie der faschistische Terror nun hinterher oft einseitig propagandistisch ausgenutzt wird.“⁹¹

Den größten Mangel empfanden die niederländischen Kirchenvertreter jedoch mit Blick auf die Form der bilateralen Beziehungen. Der „einmalige, ad-hoc-artige Charakter“ der Besuche gefiel ihnen nicht. Auf Seiten der Niederländer war ein größeres Bedürfnis vorhanden, endlich mit dem Ausbau und der Institutionalisierung der Beziehungen zwischen normalen Pastoren und Gemeinden ernst zu machen. Dieses Bedenken speiste sich aus dem Umstand, daß unterhalb der Ebene der Kirchenleitung Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter in den Niederlanden schon längst hiermit begonnen hatten.

⁸⁸ Brief Pabst an den Vorsitzenden der Ökumenischen Kommission des BEK, Oberlandeskirchenrat von Brück, 11.06.1979, in: EZA 101/1490.

⁸⁹ Zwei Jahre später wurde dies von dem niederländischen Osteuropa-Experten Hebly in seinem Buch zur Thematik der Gratwanderung der protestantischen Kirchen in der DDR ebenfalls bemängelt. Vgl. J.A. HEBLY, *Kerk in het socialisme. Gezichtspunten en stellingname van een evangelische bisschop in de DDR*, Baarn 1979, S. 109.

⁹⁰ *Reisebericht* 1977, S. 7.

⁹¹ *Reisebericht* 1977, S. 11.

Der Ausbau der Kontakte

Während der ersten Hälfte der siebziger Jahre kamen immer wieder Besuche von DDR-Pfarrern in den Niederlanden zustande. Obwohl diese Besuche häufig niederländische Einladungen zu Kongressen oder kirchlichen Feierlichkeiten als Anlaß hatten, suchten die Gäste aus der DDR bewußt Kontakt zu Gemeinden. In beiden Ländern waren es vor allem kirchliche Laien, die nach derartigen Kontakten suchten. Im Gegensatz zur BEK-Leitung, die dem Austausch mit den sozialistischen Staaten den Vorrang gab, spürten die ostdeutschen Gemeindepfarrer mehr Verwandtschaft mit Niederländern. Ein Oberkirchenrat schrieb in einem Dankbrief an seine niederländische Gastgeber: „Ich glaube, daß das Interesse in Ihrer Gemeinde für das Leben der Menschen hier und für unsere Kirchen sich doch absetzt von manchem, was ich sonst erfuhr.“ Nach einem Gespräch mit den „sehr national gesinnten Brüdern“ des Polnischen Ökumenischen Rates war ihm der Unterschied zu Holland einmal mehr deutlich aufgefallen.⁹²

Es waren die niederländischen Laien, die an der Basis ein Netzwerk für die Herstellung, Koordinierung und Begleitung der Partnerschaften aufbauten. Korteweg war mit seiner 1973 eingeleiteten Partnerbeziehung zu Burg einer der ersten. Seitdem solche Kontakte seit 1974 offiziell von den Kirchenleitungen und finanziell von der Europa-Kommission unterstützt wurden,⁹³ wuchs deren Zahl stetig an.

Im Vergleich zu den Kirchenleitungen in der DDR setzten sich in den Niederlanden die meisten protestantischen Kirchenvertreter viel stärker für den Aufbau von Gemeindekontakten ein. Nachdem sich van den Heuvel im Namen der NHK mehrmals für Partnerschaftsbeziehungen zu DDR-Gemeinden ausgesprochen hatte, drückten auch die Gereformeerde Kerken in Nederland 1975 ihr Interesse an solchen Beziehungen in einem offiziellen Bericht aus.⁹⁴ Auf diese Weise abgesichert und gefördert, entstand eine offizielle Struktur für die Gemeindekontakte. Seit 1975 wurde Herman Korteweg von der Europa-Kommission regelmäßig zur Berichterstattung eingeladen und organisierte seit 1977 zweimal jährlich für die Teilnehmer an den Partnerschaften mit der DDR einen Informationstag in Utrecht.⁹⁵ Ein DDR-Netzwerk mit weiteren (ehrenamtlichen) Mitarbeitern rief Korteweg 1978 ins Leben.

Insgesamt bestanden 1979 etwa 20 registrierte Partnerschaftsbeziehungen. Das Interesse an Fragen nach „Kirche im Sozialismus“, dem Dialog zwischen Christentum und Marxismus, nach Gemeinsamkeiten in Bezug auf den Um-

⁹² Brief Oberkirchenrat Meckel an Pfarrer J.A. Eekhoff, 13.05.1976; Brief Meckel an Pfarrer Johannes Bronsgeest, 13.05.1976, in: EZA 101/1489.

⁹³ Im Jahr 1975 stellte die Europa-Kommission für DDR-Projekte 11.696 Gulden zur Verfügung. Siehe Europa Commissie: *Uitgaven over 1975* (handschriftlich), in: HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 227.

⁹⁴ Hinweis hierauf im Protokoll der Sitzung der Europa-Kommission am 21.05.1975, in: HUA, GKN, ADB, Inv.-Nr. 226.

⁹⁵ Vgl. TH. HIEMSTRA, *Gemeentecontacten met Oost-Europa*, in: *Allerwegen* 25 (1994), S. 13, 19.

gang mit Säkularisierungsprozessen hielt an. Eine gegen den Kalten Krieg gerichtete Gefühlslage bestimmte das Klima in den progressiven Kirchenkreisen. Kirchliche oder kirchennahe Broschüren über Glaube und Marxismus (von der NHK und Albert van den Heuvel herausgegeben), Karl Barths „sozialistische Stellungnahme“ sowie Darstellungen von Hebly über Kirchen in Osteuropa (unter Einschluß der DDR) erschienen zwischen 1975 und 1980 in regelmäßigem Abstand.⁹⁶

Auf unterschiedlichen Ebenen lief die kirchliche Zusammenarbeit an. Die Ausschüsse Kirche und Gesellschaft beim niederländischen Kirchenrat und beim BEK organisierten seit 1979 „Arbeitsgespräche“. Die Bibelwochen, Jugendreisen und Gemeindekontakte profitierten von der Breitenwirkung der ‚Entdeckung der DDR‘ in den niederländischen Kirchen. Für die Gemeindekontakte war in den Niederlanden jetzt kirchenpolitisch ein Rahmen abgesteckt. Albert van den Heuvels Konzept der „many leveled contacts“ und der „authentic ecumenical fellowship“ mit der Kirche in der DDR hatte Eingang in die niederländischen Kirchen und Gemeinden gefunden. Gemeindekontakte, offizielle Verbindungen und theologischer Austausch waren realisiert. Die drei informellen Linien der Kontakte und die offiziellen kirchlichen Anstrengungen waren zwar nicht zusammengewachsen, profitierten aber wenigstens voneinander. Van den Heuvel zum Beispiel wurde am Ende sowohl von Ruys als auch von Kohlbrugge geschätzt und benutzte manchmal deren Kontakte, auch wenn sich ihre politischen und theologischen Ansichten nach wie vor grundsätzlich unterschieden.

In der DDR wurden die Partnerschaften an der kirchlichen Basis begrüßt, nur die BEK-Leitung nahm sie noch nicht als eine offizielle kirchliche Aufgabe wahr. Während des Delegationsbesuches der Niederländer 1977 wurde zwar vereinbart, daß eine „kleine Steuerungsgruppe“ gegründet werden sollte, die die künftigen Beziehungen zwischen dem BEK und dem Kirchenrat zu organisieren hatte. Die Form dieser Beziehungen blieb zunächst jedoch auf „regelmäßige Kontaktgespräche“ und „gemeinsame Studienprogramme“ beschränkt.⁹⁷ Der Gegenbesuch unterstrich somit erneut das beschränkte Interesse der DDR-Kirchen an einer substantiellen bilateralen Kirchenpolitik und gab van den Heuvel recht, der schon 1974 in seiner Rede vor der Unverbindlichkeit offizieller Delegationsbesuche gewarnt hatte.

Das Muster wiederholte sich, als nach dem Delegationsbesuch Hebe Kohlbrugge im Mai 1978 im Auftrag des Rates der Kirchen und inoffiziell im Namen van den Heuvels – mittlerweile hatte sich das Verhältnis offensichtlich verbessert – höchstpersönlich Bischof Schönherr aufsuchte. Sie unterbreitete ihm das Interesse der niederländischen Kirche an einem „umfangreichen Programm gemeinschaftlicher Arbeit“, in dem sowohl „Basisarbeit“ als

⁹⁶ J.A. HEBLY, *Kerken in Oost-Europa*, Baarn 1975; GENERALE SYNODER DER NHK, *Het marxisme. Een handreiking van de Raad voor Kerk en Theologie van de NHK*, Driebergen 1978; HEBLY (wie Anm. 89); D. HOUWAART/L.H. RUITENBERG, *Drie kwart eeuw: Socialisme en religie*, Baarn 1977.

⁹⁷ Vgl. Frankes (BEK) Abschnitt im Bericht des Delegationsbesuchs des niederländischen Kirchenrats vom 6. bis 12.06.1977 in der DDR, LKA Bestand 2, Nr. 10521-18, Band 1, S. 10.

auch „gemeinsame Studiengruppen für bestimmte Sachgebiete“ einen Platz bekommen sollten. Schönherr hörte höflich zu und verwies Kohlbrugge an die Ökumenereferenten der Landeskirchen und an die Landesjugendpfarrämter.⁹⁸ Von einer Unterstützung oder Förderung hielten sich die Kirchenleitung und das Sekretariat des Bundes nach wie vor fern.

Somit gab es zwei Ebenen von kirchlichen Beziehungen. Auf offizieller Ebene bedeuteten die beiden Delegationsbesuche von 1975 und 1977 vorerst eine punktuelle Kontinuität der kirchlichen Beziehungen. Auf der Ebene der Gemeindekontakte entwickelte sich der Austausch intensiver. Die beiden Ebenen kamen erst zueinander in Beziehung, als das Engagement in den niederländischen und ostdeutschen Kirchen unter dem Einfluß der internationalen Rüstungsproblematik mit dem NATO-Doppelbeschluß⁹⁹ um 1979 eine Explosion an Gemeindekontakten verursachte.

Zwischen 1979 und 1986 wuchs die Zahl der Gemeindepartnerschaften von ca. 20 auf etwa 300 an.¹⁰⁰ Außerdem begann die niederländische Friedensbewegung, die Anfang der achtziger Jahre große Volksmassen mobilisierte, sich für die DDR-Kontakte zu interessieren und für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Die Friedensbewegung wurde durch den Interkirchlichen Friedensrat (Interkerkelijk Vredesberaad, IKV) beherrscht, an dem sich die meisten niederländischen Kirchen beteiligten. Ihr Partner wurde die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, die ebenfalls zu Beginn der achtziger Jahre in kirchlichen Räumen entstand. Dadurch gerieten die bilateralen Kirchenkontakte in die scharfen Auseinandersetzungen zwischen dissidenten Gruppen, Kirche und Staat in der DDR. Der Staatssicherheitsdienst der DDR schaltete sich seit 1981 aktiv in die Kontakte ein und versuchte sogar, kirchliche Friedensaktivisten aus den Niederlanden als Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben. Quantitativ und qualitativ war somit schlagartig eine neue Periode in den kirchlichen Ost-West-Kontakten eingeleitet. Die BEK-Leitung konnte dadurch nicht mehr über die „Ökumene von unten“ hinwegsehen.¹⁰¹

Schlußfolgerungen

Wie kamen die informellen und offiziellen Kirchenbeziehungen zwischen den Niederlanden und der DDR zustande, welche Motive lagen ihnen zugrunde? Sprachliche und geographische Nähe sowie gemeinsame protestantische Traditionen in einem katholisch dominierten Europa schufen gute Voraussetzungen für die Annäherung. Zunächst entstand auf niederländischer Seite Interesse an der DDR. Vom Geist der Versöhnung und der Solidarität

⁹⁸ Aktenvermerk von Bischof Schönherr vom 11.05.1978, beim Sekretariat eingegangen am 18.05.1978, in: EZA 101/1490.

⁹⁹ Vgl. M. GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 645–648.

¹⁰⁰ Vgl. LWG, *Kontakten Nederland / Oost-Duitsland* (wie Anm. 36), S. 3.

¹⁰¹ Hierauf kann hier allerdings nicht näher eingegangen werden. Vgl. das laufende Forschungsprojekt *Die niederländischen Kirchen, Friedensbewegung und die DDR 1973–1990* (Universität Utrecht).

sowie einem gehörigen Stück Abenteuerlust geprägt suchten drei Niederländer, die während des ‚Dritten Reiches‘ im Widerstand gegen die deutsche Besatzung aktiv gewesen waren oder ihm nahegestanden hatten, den Kontakt mit ostdeutschen Christen. Ihr Engagement wurde von den offiziellen Kirchen in Ostdeutschland und den Niederlanden übernommen.

Der wichtigste Grund für die Annäherung war bei beiden Kirchen eine Übereinstimmung in der Suche nach einer neuen theologischen Identität und nach deren Legitimation. In beiden Ländern waren die protestantischen Kirchen von dem Wunsch getragen, nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Selbstverständnis als „Kirche für andere“ zu entwickeln. Die alten introvertierten Frömmigkeitstraditionen sollten neuen Formen der Öffnung zur Welt weichen.¹⁰² In den Kontakten trat eine Spiegelung auf: Die protestantischen Minoritätskirchen suchten wechselseitig im Ausland eine Selbstbestätigung.

Dazu kam, daß die ökumenischen Kontakte zu den Niederlanden den ostdeutschen Kirchen helfen konnten, sich gegenüber der ehemaligen Mutterkirche, der westdeutschen EKD, zu profilieren. So schrieb der Magdeburger Bischof Christoph Demke noch 1997 in einem Brief an den Generalsekretär der NHK, Dr. Karel Blei: „Das [Bleis Pensionierung] ist für mich Anlaß, Ihnen noch einmal namens der Kirchenprovinz Sachsen ganz herzlich zu danken für die intensive Verbindung, die Sie in den schwierigen Zeiten der Trennung Europas zu uns aufgenommen und wahrgenommen haben. Das war wirklich eine wichtige Bereicherung unserer Kenntnis kirchlichen Lebens und auch ein Stück Befreiung von der Fixierung aller Hoffnungen und Enttäuschungen am Bild der Kirche im alten Westdeutschland. Darüber hinaus haben Gemeinden und Gemeindeglieder aus Ihrer Kirche so lebhaftere Verbindungen zu Gemeinden hier aufgebaut, wie man das in einem solchen Brief gar nicht richtig würdigen kann.“¹⁰³

Die Art, wie beide nationale Kirchen die Kontakte gestalten wollten, war jedoch sehr unterschiedlich. Der Aufbau der offiziellen Kirchenkontakte kam zustande, wurde jedoch zwiespältig bewertet. Beide Parteien waren der Meinung, in ihnen die eigene Position bestätigt zu sehen; beim Ausbau der Kontakte jedoch traten die Spannungen und unterschiedlichen Ausgangslagen offen zutage. Besonders durch die Geschlossenheit der DDR-Gesellschaft und die Abhängigkeit der DDR-Kirchen vom Staat wurden die kirchlichen Beziehungen eingeschränkt.

Fragwürdig bleibt, ob die DDR-Kirchenleitungen diese Einschränkungen nicht zu sehr verinnerlicht haben. In der Forschung wird diese Debatte unter Begriffen wie „Der Weg in die Anpassung“, „Konfrontation oder Kooperation“ und „Vergebung oder Weißwäscherei?“ geführt. Der von Bischof Schönherr geprägte Begriff einer „Gratwanderung“ scheint mir angemessen zu sein;

¹⁰² Vgl. u.a. A.J. RASKER, *De Nederlandse Hervormde Kerk vanaf 1795. Geschiedenis, theologische ontwikkelingen en de verhouding tot haar zusterkerken in de negentiende en twintigste eeuw*, Kampen 1996, S. 295–330.

¹⁰³ Brief Demke an Blei, 19.06.1997, in: Archiv der Kirchenprovinz Sachsen, Laufende Bestände, X. 6.5.5: *Bischof Demke: Niederlande 1983-30.6.1997*.

er läßt die Möglichkeit zur Differenzierung innerhalb der Kirche und nach zeitlichen Gesichtspunkten offen.¹⁰⁴

Bei den Kontakten zu den Niederlanden fällt auf, wie sehr die Ansichten der Kirchenleitung in der DDR mit den Befürchtungen des SED-Regimes korrespondierten. Einer Ausweitung des Reiskaders und dem Aufbau lokaler ökumenischer Kontakte standen sowohl die zuständigen parteilichen und staatlichen Stellen der DDR als auch die Kirchenleitungen im BEK mißtrauisch gegenüber. Beide Elemente waren allerdings Kernstück der niederländischen offiziellen Kirchenpolitik.

Auch die konkrete Ausgestaltung der Kontakte sorgte aufgrund unterschiedlicher politischer, aber vielleicht noch mehr aufgrund althergebrachter kultureller Traditionen für Konflikte. Innerhalb der BEK-Leitung sah man ökumenische Beziehungen als eine Aufgabe für die zentrale Kirchenleitung an. Dabei gilt zu beachten, daß die deutschen Landeskirchen von alters her sehr hierarchisch strukturiert waren. Dementsprechend wurden die Gemeinden von Seiten des BEK an den Reiseumöglichkeiten und offiziellen Beziehungen kaum beteiligt. In den Niederlanden entwickelten die nach kalvinistischem Vorbild selbständig organisierten Kirchengemeinden demgegenüber ein eigenes Geflecht von Kontakten und bezogen dabei einzelne Pfarrer und Laien aus der DDR ein. Sie unternahmen diese Aktivitäten unter Umgehung ihrer Kirchenleitungen – die damit zumeist einverstanden waren.

Damit hängt zusammen, daß innerhalb der niederländischen Kirchen gegenläufige Bestrebungen im Hinblick auf die DDR-Politik entstanden. Herman Korteweg, Bé Ruys, Hebe Kohlbrugge und Albert van den Heuvel standen für verschiedene, in mancher Hinsicht einander ergänzende Strategien in Bezug auf die Ost-West-Kontakte. Innerhalb der niederländischen Kirchen gab es jedoch genügend Freiheit und Toleranz, diese Konflikte offen auszutragen. Initiativen konnten nebeneinander existieren – wobei die offizielle Linie van den Heuvels schließlich die Oberhand gewann.

Das Ergebnis der Einschränkungen in der DDR war allerdings, daß van den Heuvels Ostpolitik beim BEK-Sekretariat wenig Anklang fand. Letztendlich konnten die Mitarbeiter des BEK-Sekretariats aufgrund von externen als auch von internen Repressionsmechanismen nicht über ihren Schatten springen. Offizielle, punktuelle Besuche lagen angesichts seiner Profilierungsstrategie im Interesse des BEK, unkontrollierte, ausufernde Basiskontakte demgegenüber nicht. Seine Haltung war gekennzeichnet von Vorsicht und Angst, den Spielraum der „Kirche im Sozialismus“ durch undurchdachte Aktivitäten zu verringern.

Die politische Bedeutung der Kontakte kam in dieser Aufbauphase noch nicht explizit zum Tragen. Die Stasi ließ die Gemeindekontakte unbehelligt. Das Regime hatte das Phänomen der Gemeindekontakte noch nicht als ein

¹⁰⁴ G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993; H. DÄHN, *Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR 1945–1980*, Opladen 1982; E. NEUBERT, *Vergebung oder Weißwäscherei? Zur Aufarbeitung des Stasi-Problems in den Kirchen*, Freiburg i.Br. 1993; A. SCHÖNHERR, *Gratwanderung. Gedanken über den Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1992.

umfassendes Geflecht von Verbindungen erkannt. Gleichwohl war jede eigenständige, unkontrollierte Öffnung nach außen bereits ein Politikum. Das Dilemma, das das DDR-Regime von seiner internationalen Anerkennung bis zu seinem Untergang beherrschte, war die Frage, wie Legitimität nach außen und innen einerseits und Repression von „systemgefährdenden“ Bürgern andererseits miteinander zu vereinbaren waren. Die informellen und offiziellen Kirchenkontakte, die anfangs noch sehr zaghaft und unterschwellig verliefen, zunehmend jedoch an Umfang und politischer Brisanz gewannen, wurden Teil dieses Problems.

Das Reservoir an engagierten Gemeindegliedern in den Niederlanden und in der DDR stellte ein Kontaktpotential dar, das in den achtziger Jahren Regime und Kirchenleitungen mit einem rasanten Zuwachs an internationalen Verbindungen überraschte und vor vollendete Tatsachen stellte. Den einfachen DDR-Bürgern boten diese Kirchenkontakte ein Fenster zur Welt. Sie weiteten ihren geistigen Horizont und ermutigten sie in ihrer Existenz als Christen in der DDR. Diese Bedeutung der Kontakte reichte weit über die politische Sphäre hinaus.¹⁰⁵

¹⁰⁵ Diese Gedanken werden in der Dissertation, die voraussichtlich Ende 2003 an der Universität Utrecht von der Verfasserin verteidigt wird, weiterentwickelt.